L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode/ 2. Sitzung.
---
2. Sitzungsperiode (2).

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 12. Juni 1928 im Neuen Rathaus der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 45 Minuten).

Die Regierungskommission ist vertreten durch

Oberregierungsrat Dr. H e i m, als Staatskommissar.

Entschuldigt fehlen die Herren Mitglieder:

Levacher (Z)-Saarlouis; Martin (Z)-Saarbrücken; Dr. Sender (SP)-Saarbrücken; Reinhard (KP)-Ludweiler; Hey (KP)-Dudweiler.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

I. Wahl von 2 Vertretern gemäß Art. 24 der Verordnung betr. Abänderung der Bestimmungen über das Wohnungswesen vom 27. Juli 1926 in der Fassung der Verordnung vom 16. Dezember 1927.

II. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Abänderung der Verordnung über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen (einschl. des Wanderlagerbetriebes) vom 7. Dezember 1923;

2) Herabsetzung indirekter Steuern;

3) Abänderung der Verordnung über die Schonzeiten des Wildes;

4) Abänderung der Gewerbeordnung;

5)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

5) Änderung des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28.Juli 1906;

6) Einführung des 4. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes vom 17.März 1928 (RGBL.I 63) betreffend das Verfahren in Versorgungssachen;

7) Verbot militärischer Übungen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, ist eine Aussprache gewünscht über die Antwort der Regierungskommission zum Antrag des Landesrates vom 3. Mai ds.Js. Ich erteile hierzu zunächst dem Herrn Abgeordneten Daub das Wort!

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Das Plenum des Landesrates hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen und von der Regierungskommission verlangt, daß beide inhaftierten Abgeordneten freizulassen sind. Diesem einstimmigen Beschluß des Landesrates haben sich im Saargebiet fast sämtliche Gemeinden, nicht nur die Stadt Saarbrücken, viele Korporationen angeschlossen. Desweiteren haben sich weite Bevölkerungskreise hinter den Beschluß des Landesrates gestellt und verlangt, daß die Immunität gewährt wird. Die Regierungskommission hat, bevor der Landesrat in seine Tagung eintrat, ersucht, daß ein einstimmiger Antrag gestellt werden sollte. Wir als Kommmnistische Fraktion waren in der letzten Sitzung schon der Auffassung, daß die Regierungskommission sich längst über ihren Standpunkt klar war. Aus bestimmter Quelle wurde uns bekannt, daß die Regierungskommission den Polizeiorganen Mitteilung machte, alles zu versuchen, den Abgeordten Hey habhaft zu werden. Daraus geht hervor, daß die Regierungskommission keine Zeit braucht, um zu überlegen. Die Regierungskommission hat nun nach 4 Wochen auf den Antrag des Landesrates eine Antwort gegeben und man kann sagen, daß sie ein Meisterstück diplomatischer Regierungskunst ist. Sie hat mit allen Raffinessen versucht, die Mehrheit des Landesrates hinter sich zu bekommen. Sie hat desweiteren versucht, die Taten der beiden Abgeordneten zu qualifizieren und zwar derartig scharf, wie es die Gerichte nicht tun konnten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Antwort der Regierungskommission sehr fadenscheinig ist, wenn sie versucht, die Schuld auf die Abgeordneten abzuwälzen und wenn man bedenkt, daß sie den Separatisten Schöttler begnadigt hat. Ich glaube, daß sämtliche Parteien mit uns konform gehen können, wenn wir uns gegen die Methode der Bergwerksdirektion zur Wehr setzen. Wenn man erinnert an die Überschüsse, die die Bergwerksdirektion gemacht hat, so muß man erkennen, daß es nicht irregeleitete Arbeiter waren, sondern die Arbeiter sind nach Saarbrücken marschiert, weil sie Hunger hatten. Daraus können wir feststellen, daß die Bergwerksdirektion schuld ist und die Regierungskommission, die Beauftragte des Völkerbundes, die dafür sorgt, daß Hunger und Elend von Tag zu Tag steigt. Sie hat in ihrer Antwort lebhaft bedauert, daß sie dem Antrag des Landesrates nicht stattgeben kann, weil sie die Sache abwägen muß. Sie sagt, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei zu wahren. Wir als Kommunisten müssen aber die Frage einmal aufwerfen, ob überhaupt eine Ordnung im Saargebiet besteht. Meiner Auffassung nach ist es keine Ordnung, wenn die Bergarbeiter keinen ausreichenden Lohn bekommen andererseits aber die oberen Kreise große Gehälter schlucken und Profite einheimsen. Wenn das die Ordnung der Regierungskommission ist, so erklären wir uns jede Stunde bereit, diese Ordnung zu zerschlagen. Das ist unser Standpunkt.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Wir sind der Auffassung, daß hier der englische Geist und eine englische Regierungsluft Einzug gehalten hat. Wir kennen ja die Praxis Englands auf dem Gebiete der Unterdrückung, und daß man diese Praxis hier im Saargebiet anwendet, beweist die Praxis der Regierung während der letzten Monate. Wir wissen, daß die Knute einer Kolonialregierung herrscht, die gegen die Bevölkerung vorgeht, wenn sie sich erlaubt, für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn zu demonstrieren. Wir sind der Auffassung, daß der Landesrat, obwohl er ja kein Recht hat, nach wie vor, auf den theoretischen Kampf einen praktischen Kampf folgen lassen muß und auf die Antwort der Regierungskommission beantragen wir, daß der Landesrat erneut beschließt, die Tagung solange auszusetzen bis die Regierungskommission die Freilassung der inhaftierten Abgeordneten verfügt. Die Sozialdemokraten sagten, daß wir wegen der Diäten eine Sitzung beantragten; die Diätenfrage überlassen wir den Sozialdemokraten als Diskussionsstoff in ihren eigenen Reihen. Wir beantragten die öffentliche Sitzung, damit der Landesrat Stellung nehmen soll zu seinem einstimmig gefaßten Beschluß und welche Maßnahmen gegen die Regierungskommission zu ergreifen sind. Die Regierungskommission sagt, es handelt sich nicht um die Immunität, sondern darum, ob eine verfügte Strafe, die im Saargebiet verhängt worden ist, vollstreckt werden soll oder nicht. Um diese Frage dreht es sich. Man kann sehen, und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich behaupte, daß die Antwort der Regierungskommission nicht allein von 5 Männern zustande gekommen ist, sondern ich bin der Auffassung, daß von den Parteien Gutachten eingezogen worden sind. Die Qualifizierung dieser Urteile gehen dahin hinaus und der Herr Abgeordnete Schmelzer hat sich zu sagen erlaubt, er könne vor der Öffentlichkeit nicht vertreten, was die Abgeordneten getan haben.

(Zuruf des Abg. Schmelzer: Das ist eine Unwahrheit!)

Die Leute waren in Opposition und protestierten gegen die Bergwerksdirektion und Sie (zu Abg. Schmelzer) sagen, das ist ein Verbrechen, das Sie nicht vertreten können. Wir sind ohne weiteres bereit, mit dem Abgeordneten Schmelzer in öffentlichen Versammlungen in seinen Wählerkreisen das was die Arbeiterschaft sowie die Abgeordneten Reinhard und Hey am 8. August getan haben, zu vertreten. Und ich glaube, Herr Schmelzer, dann kommen Sie in der Zeit von 2 Minuten unter den Tisch. Wir sind nicht der Auffassung, daß es ein Verbrechen war, sondern sind der Auffassung, daß der Abgeordnete des Landesrates unbedingt die Pflicht hat, wenn hier die Bevölkerungskreise in solcher Höhe aufmarschieren, daß er an die Spitze dieser Bewegung gehört, daß er bereit dazu war, diese Demonstration in diesem Sinne zu führen, ist doch kein Verbrechen, wie Herr Schmelzer meinte. Die Regierungskommission erklärte, die Abgeordneten hätten absichtlich den Zusammenstoß mit

der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

der Polizei provoziert, die Abgeordneten hätten absichtlich provoziert deshalb, um daraus eventuell ihr Parteisüppchen zu kochen. Ich behaupte hier, da ich es aus gut unterrichteter Quelle weiß, daß die Regierungskommission einen Befehl gegen mildere Maßnahmen, die vorgesehen waren, gegeben hat, daß sofort die Landjäger einzusetzen sind. Ich stelle hier die Frage: Wer hat provoziert? Die Arbeiter, die erregt waren vor Hunger und verlangten mehr Lohn ? Sie haben die Straße gehabt, und durch das Einsetzen der Landjäger ist die Provokation von Seiten der Regierungskommission erwiesen, die hier provozieren wollte, weil sie das französische Militär im Saargebiet wieder haben will. Das ist unsere Auffassung, die vertreten wir vor wie nach. Nicht die Abgeordneten haben provoziert, sondern die Provokation kam von Seiten der Bergwerksdirektion; sie wurde gesteigert durch das Einsetzen der Landjäger. Nicht die Abgeordneten sind schuld daran, sondern die Bergwerksdirektion und die Regierungskommission, die unserer Auffassung nach auf die Lerchesflur gehören, und nicht die beiden Abgeordneten.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig!)

(Glocke des Vorsitzenden!)

Mit der Antwort, die die Regierungskommission gegeben hat, verhält es sich so, daß man versuchen will, die Parteien von dem Antrag, den sie vorher gestellt haben, abzubringen. Ich kann leider feststellen, daß bei den Beratungen in der letzten Zeit sämtliche Parteien erklärten, „ wir können nicht die Tagungen aussetzen, weil darunter die Bevölkerung leidet; sie leidet deshalb darunter,weil sehr wichtige Probleme auf der Tagesordnung stehen. Wir müssen die Tagung durchführen." Sie haben sich nur lediglich dem Protest angeschlossen und sagen, "wir können uns nicht dazu hergeben, daß die Regierungskommission den Landesrat auflöst." Ja, meine Herren, wenn die Regierungskommission eines schönen Tages den Willen zeigt und schreckt nicht davor zurück, den Landesrat nach Hause zu schicken,was dann? Wir haben das Regime eines Mussolini im Saargebiet, der auch die Parlamente nach Hause geschickt hat. Von diesem Gesichtspunkte behandeln wir die Frage nicht, sondern wir sagen, daß sämtliche Parteien vor wie nach ihren Antrag aufrecht erhalten müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Regierungskommission den Landesrat auflösen würde. Was Schmelzer sagt, daß wir eventuell diesen Schritt versuchen, um die Parteien zu zwingen, einen Beschluß zu fassen, daß als Protest gegen die Maßnahmen der Regierung bezüglich der Auflösung des Landesrates keine Liste aufgestellt werden soll, daß dann die Kommunisten kämen, um doch eine eigene Liste aufzustellen, um dann im Saargebiet einen kommunistischen Landesrat zu haben, sind Mätzchen, die wir von ihm gewohnt sind.

<u>Wir</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Wir halten es für notwendig, nachdem alle Parteien einstimmig beschlossen haben, die Tagung weiterzuführen, erneut heute vor aller Öffentlichkeit den Antrag einzubringen, daß die Tagung so lange ausgesetzt werden sollen, so lange die Abgeordneten inhaftiert sind. Wir erklären aber hier, nachdem der Standpunkt der Parteien festliegt, und sie nicht gewillt sind, hier mit uns zu gehen, wir nicht zulassen können, daß den Parteien, die den Beschluß gefaßt haben, die Möglichkeit gegeben wird, gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtete Vorlagen zu beraten, sondern wir halten es für notwendig im Interesse der werktätigen Bevölkerung, bei Steuerberatungen und bei sonst wichtigen Vorlagen an den Tagungen teilzunehmen.

Zum Schluß beantragen wir erneut, daß die Tagung ausgesetzt wird, um die Regierungskommission zu zwingen, die inhaftierten Abgeordneten freizulassen. Wir stellen ohne weiteres fest, daß der Landesrat in dieser Form nicht imstande sein wird, in derartigen Fällen seine Kraft zum Ausdruck zu bringen. Wir stehen vor wie nach auf unserem Standpunkt, die Bevölkerung dafür zu
Wir haben Handhaben genug dazu, der Regierungskommission zu zeigen, daß die große Masse der Bevölkerung hinter dem Beschluß des Landesrates steht in der Frage der Haftentlassung der beiden Abgeordneten.

(Bravo bei den Kommunisten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Die Regierungskommission hat ihre Antwort in dieser Frage erschöpfend gegeben. Es ist ihr unmöglich, die Freilassung der beiden Abgeordneten zu verfügen. Trotzdem werde ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Daub eingehen, um seine Auslassungen richtig zu stellen bezw. mich gegen diese zu verwahren. Es handelt sich besonders um den Ausdruck, daß die Regierungskommission die Handlungen der beiden Abgeordneten schärfer qualifiziert habe als es die Gerichte getan hätten. Meine Herren, das ist unrichtig. Die Regierungskommission hat im Gegenteil Teile der Urteilsbegründung zitiert und gesagt, das Gericht hat die Vergehen der Beiden für so schwer gehalten, daß eine erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung gegeben war. Die weiteren Auslassungen über die „englische Luft" berühren die Regierungskommission nicht weiter. Ganz abwegig ist es natürlich zu behaupten, daß die Regierungskommission zu ihrer ablehnenden Stellungnahme auf Grund von eingeholten Gutachten irgendwelcher Parteien gekommen wäre. Das ist absolut unrichtig und ich muß es richtig stellen.

Was die Ausführungen anbelangt, daß die Regierungskommission Provokation getrieben habe, die Zusammenstöße durch die Landjäger und die Polizei provoziert habe, so muß ich dagegen entschieden Verwahrung einlegen. Jeder, der die Vorgänge genau verfolgt hat, weiß, daß die eingesetzten Polizeikräfte sich außerordentlicher Mäßigung befleißigt haben, um einen Zusammenstoß zu vermeiden. Auf den Ausdruck, daß die Regierungskommission auf die Lerchesflur gehöre, einzugehen, halte ich als Regierungsvertreter unter meiner Würde. Die Kommunistische Partei darf sich nicht wundern, wenn die Regierungskommission ihrer Auffassung nach mit den Maßnahmen streng vorgegangen ist. Ich darf bei der Gelegenheit darauf verweisen, daß die Art und Weise, wie sich die beiden Abgeordneten der Vollstreckung der Strafe widersetzt haben, im Interesse der staatsbürgerlichen Ordnung und des Ansehens der Regierung in keiner Weise geduldet werden darf. Ich weiß nicht, ob es in der Öffentlichkeit überall bekannt ist, daß sich der Abgeordnete Reinhard von ungefähr 200 Rote Frontkämpfern hat begleiten lassen, als er zur Verbüßung seiner Strafe verhaftet worden ist.

(Zuruf des Abg.Weiß: Das waren Wegebauarbeiter, die ihn begleitet haben.)

Jedenfalls

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Jedenfalls habe ich in einem Bericht gesehen, daß es Rote Frontkämpfer waren. Daß es bei seiner Verhaftung sehr leicht hätte zu Zusammenstößen kommen können, wenn die Polizei nicht die absolute Besonnenheit behalten hätte, ist selbstverständlich. Bei der Gelegenheit darf ich darauf hinweisen, daß in der Arbeiter Zeitung ein Artikel erschienen ist über eine Besprechung des Herrn Abgeordneten Heckler mit dem Herrn Direktor Heimburger. Darin wurde ausgeführt, daß der Herr Ministerialdirektor Heimburger Lockspitzelei versucht habe. Ich bin ermächtigt, zu erklären, daß die ganze Unterredung absolut aus der Luft gegriffen ist. Es hat lediglich eine Besprechung stattgefunden zwischen Herrn Heckler und mir. Nach der ganzen Situation konnte in diesem Artikel die Unterredung mit mir nicht gemeint sein. Diese Unterredung hat Herr Heckler nachgesucht, um die Freilassung der beiden Gefangenen zu erreichen. Ich konnte ihm erwidern, daß die Fraktionsführ er den Antrag auf Freilassung gestellt hätten und daß sie zu einer Besprechung eingeladen seien.

(Zuruf des Abg. Weiß: Wir hatten keine Einladung; Sie haben ja die Einladung auf die Lerchesflur geschickt.)

Das war nur eine scherzhafte Bemerkung von mir. Herr Heckler und ich haben uns schon öfters unterhalten. Im übrigen habe ich mit der Polizei nicht das geringste zu tun. Jedenfalls konnte die Regierungskommission im Interesse der staatsbürgerlichen Ordnung und im Interesse ihres Ansehens keine andere Entscheidung fällen, als sie sie Ihnen bekannt gegeben hat.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Ganz kurz einige Bemerkungen. Herr Daub hat soeben darauf hingewiesen, Daß die Regierungskommission ihr Schreiben so abgefaßt habe, um die Mehrheit des Landesrates hinter sich zu bekommen. Welche Absicht die Regierungskommission bei der Abfassung ihres Schreibens geleitet hat, hat meine Fraktion noch nicht untersucht. Jedenfalls lassen wir uns von dem Inhalt dieses Schreibens nicht in unserer Stellungnahme beeinflussen. Unsere Stellungnahme war von vornherein klar,viel klarer wie die der Kommunistischen Fraktion. In der ersten Sitzung haben wir gemeinsam mit dem ganzen Landesrat gefordert, daß die Abgeordneten aus der Haft entlassen werden sollen, um an den Beratungen teilzunehmen, und hatten dann weiter gefordert, daß zu den gegenwärtig dem Landesrat vorliegenden Gesetzentwürfen keine Stellung genommen werden solle, bis die Regierungskommission entschieden habe. Die Regierungskommission hat in dem bekannten Schreiben entschieden. Daraufhin sind die Fraktionsführer zusammengetreten zu einer neuen Beratung. Sie kamen wiederum überein, der Regierungskommission durch das Präsidium des Landesrates mitteilen zu lassen, daß der Landesrat sich der Auffassung der Regierungskommission nicht anschließen könne, sondern nach wie vor darauf bestehen würde, daß den Abgeordneten Gelegenheit gegeben werden müsse, an den Beratungen der vorliegenden Gesetzentwürfe teilzunehmen. Wir haben dann weiter Stellung genommen zu der Frage, ob der Landesrat nun solange ausgesetzt werden soll,bis die Regierungskommission die inhaftierten Abgeordneten entlassen würde, und kamen zu dem Ergebnis, wie der Herr Daub ganz richtig erkannt hat, das eine Übel nicht durch ein zweites zu vermehren. Der Abgeordnete Daub hat selbst zu erkennen gegeben, daß die Kommunistische Fraktion Wert darauf legt, wenn der Landesrat tagt, an den Beratungen teilzunehmen. Nun, Herr Daub, denselben Wert legen wir darauf, daß wir die Beratungen fortsetzen, damit die Regierungskommission nicht in der Zwischenzeit machen kann, was sie will. Also,Herr Daub, wir hatten nur den Mut das auszusprechen, was Sie auch dachten. Wir haben sogar ein gutes Werk getan; wir haben uns als Vordermänner vor Sie gestellt, damit Ihre Genossen draußen im Lande nicht merken sollen, daß Sie eigentlich ganz unserer Meinung sind. Wir hatten also nur Erbarmen mit Ihnen. Wir haben beschlossen, unter Protest weiter zu tagen, damit nicht die Regierungskommission allein die Gesetze macht, ohne daß die Stimmen der gewählten Vertreter der Bevölkerung gehört

<u>werden.</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

werden. Herr Daub selbst hat ja mit so wunderbarer Deutlichkeit unterstrichen, daß man auf die Weitertagung Wert legen müsse; und als man sich dann bei den übrigen Parteien einig war, daß man weiter tagen wolle, da konnte man dem Herrn Daub die nur schlecht verborgene Freude darüber sehr gut anmerken. Und Herr Daub war der erste, der sein Fingerchen gereckt und gefragt hat: " Wann ist denn die nächste Plenarsitzung ?"

- Lachen -

Da ging es ihm garnicht schnell genug. Wie ein Schuß aus der Pistole war die Frage da. Ich selbst habe mich herzlich gefreut, ihm einen Gefallen erwiesen zu haben.

Nun noch etwas, meine Herren. Mit dem Aussetzen des Landesrates ist es den Kommunisten gar nicht so ernst, denn Herr Weiß geht schon seit 4 Wochen schwanger mit seiner programmatischen Erklärung, und er ist herzlich froh, daß er sie endlich an den Mann bringen konnte. Was Herr Weiß im übrigen gesagt hat, ist nicht wert, daß wir dazu Stellung nehmen; denn das haben wir von seinem Freunde Reinhard schon mehr als zwanzigmal gehört.

(Zuruf des Abg. Weiß: Und doch nichts davon gelernt.)

Vorsitzender: Ich möchte doch bitten, daß wir mit mehr Ruhe weiter verhandeln.

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KP): Meine Herren! Die Kommunistische Partei wird sich innerhalb sowie außerhalb des Parlaments immer nur von den Interessen des Proletariats sowie von den Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung leiten lassen. Die Kommunistische Partei führt den Klassenkampf des Proletariats im Saargebiet, nicht losgelöst von dem Kampf der Arbeiterschaft im übrigen Deutschland. Die Kommunistische Partei ist bestrebt, den Kampf des Saarproletariats einzureihen in die Front der auf der ganzen Welt um ihre Freiheit ringende Arbeiterklasse. Dabei stellt die Kommunistische Partei folgendes fest:

In allen kapitalistischen Ländern herrscht die Reaktion gegen das Proletariat. Die wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung nicht nur des Saargebietes, sondern in allen kapitalistischen Ländern wird von Tag zu Tag schlechter. Der Gegensatz zwischen dem kapitalistischen System und den Interessen der werktätigen Bevölkerung wird immer größer. Mit elementarer Wucht wachsen die imperialistischen Gegensätze und treiben zu neuen Kriegen. Dazu kommt noch die Tatsache, daß in allen kapitalistischen Ländern heute dieselben Scharfmacher wieder regieren, die 1914 regiert haben. Unzählige Existenzen wurden während des Krieges und insbesondere in der Nachkriegszeit vernichtet. Nur durch Steigerung der Ausbeutung und durch Anwendung des brutalen weißen Terrors vermag die bürgerliche Gesellschaft die Atempause bis zu ihrem Zusammenbruch, bis zur proletarischen Revolution zu verlängern. Die weltpolitische Atmosphäre ist voller Zündstoff, denn in allen kapitalistischen Ländern bestehen Krisenherde, die ihre Ursache haben in folgenden Gegensätzen:

1) Der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und der Sowjetunion;

2) der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und der unterdrückten Kolonialvölker, und

3) der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten untereinander.

Diese aufgezeichneten Gegensätze kann der Kapitalismus weder überbrücken noch beseitigen. Die ungeheuren Widersprüche liegen eben begründet in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die proletarische Revolution in

<u>Rußland</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Rußland hat dem internationalen Kapitalismus einen gewaltigen Schlag versetgt. Die national-revolutionären Bewegungen in den Kolonien wie in China usw. schlagen eine neue Bresche in den Kapitalismus. Um die Gebiete, die Rohstoffe erzeugen oder in denen ausländisches Kapital angelegt werden kann, wird hartnäckig gekämpft. Der Kampf um die Absatzmärkte nimmt aber derart erbitterte Formen an, wie sie die kapitalistische Wirtschaft der Vorkriegszeit nicht gekannt hat. Das zeigen uns am deutlichsten die Vorgänge in China, wo vor allem die englischen Imperialisten versuchen, ein Vierhundertmillionen-Volk vollständig unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Das Hauptziel der imperialistischen Staaten vor allem ist, mit Hilfe eines neuen Krieges den ersten Arbeiter-und Bauernstaat "Sowjet-Rußland" niederzuschlagen. Der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen Englands und Deutschlands mit der Sowjetunion, sowie die zahlreichen Attentate auf die Vertreter des ersten Arbeiter-und Bauernstaates liegen in dieser Richtung. Die proletarische Revolution in Rußland, sowie durch die national-revolutionären Bewegungen in den Kolonien und ganz besonders durch den Widerstand der internationalen Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitalismus wird aber trotzdem eine wirkliche Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmöglich. Als Folge des Völkermordens von 1914 bis 1918, für das die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten mit verantwortlich sind, wurde das Saargebiet gegen den Willen der werktätigen Bevölkerung vom übrigen Reiche losgerissen. Und wenn Sie, von den bürgerlichen Parteien,heute scheinbar den Kampf gegen die Regierungskommission führen, so sprechen wir Ihnen jede Berechtigung hierzu ab, weil Sie es ja gerade sind, die durch Ihre imperialistische Politik diesen Zustand heraufbeschworen haben. Waren Sie es denn nicht(zu den bürgerlichen Parteien gewandt), die während des Krieges dieselbe Annektionspolitik wie die übrigen imperialistischen Länder getrieben haben, waren Sie es denn nicht, die Longwy und Briey,ja sogar ganz Nordfrankreich annektieren wollten, um somit auch noch diese Gebiete unter Ihre Botmäßigkeit zu bringen. Die französische Arbeiterschaft hätte in diesem Falle unter der Regie des Herrn Hermann Röchling genau so schmachten müssen, wie heute die deutschen Bergarbeiter unter der Regie der französischen Grubenverwaltung, ja sogar wie die deutsche Arbeiterschaft unter der Regie des Herrn Hermann Röchling schmachten muß. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben in den vergangenen Jahren immer und immer wieder bei jeder für sie passenden Gelegenheit erklärt, daß an den schlechten Zuständen im Saargebiet der starke französische Einfluß der Regierungskommission schuld sei. Dieses war und ist nichts anderes als eine große Heuchelei.

Wir fragen Sie, wo,wann und wie hat sich die Lage für die werktätige Bevölkerung des Saargebietes gebessert. Sie haben doch selbst geschrieben, daß der starke französische Einfluß nunmehr geboren sei und Sie haben freudig begrüßt, den Einzug des Engländers Wilton und des Finnen Dr. von Ehrnrooth. Sie hatten auch alle Ursache dazu, denn sie sind doch die ausgesprochenen Vertreter der kapitalistischen Klasse. Wir stellen jedenfalls fest, daß einige andere Herren Einzug in die Regierungskommission gehalten haben,wodurch der starke Einfluß Englands zum Ausdruck kam. Das System jedenfalls ist dasselbe geblieben. Die Lage der werktätigen Bevölkerung ist nicht besser, sondern schlechter geworden. Auch ein angeblicher Linksmann,wie es Herr Dr.Sender gewünscht hat, hätte daran nichts geändert. Vielleicht hat er an seinen Freund, den französischen „Auchsozialisten Boncour" gedacht. Die Regierungskommission des Saargebietes, die nicht von der Saarbevölkerung gewählt ist, genießt nicht das Vertrauen der Bevölkerung. Sie ist vom Völkerbund ernannt und treibt im Verein mit der deutsch-französischen Schwerindustrie und der französischen Grubenverwaltung eine Lohn-,Steuer- und Wirtschaftspolitik, die jeder Beschreibung spottet.

So wurden im vergangenen Jahre trotz der vielen Feierschichten im Bergbau, fast in allen Industriezweigen mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien und den christlichen Gewerkschaftsführern, die an und für sich schon niedrigen Hungerlöhne noch um weitere 10 % gekürzt und somit das allgemeine Niveau der arbeitenden Bevölkerung des Saargebietes noch mehr herabgedrückt.

Demonstrierende Bergarbeiter, die gegen das schreiende Unrecht nach Saarbrücken marschierten wurden von der Polizei auseinander getrieben. Über eine Anzahl ehrlicher Arbeiter wurden ungeheuere Strafen von der saarländischen Klassenjustiz verhängt.

Neben den Feierschichten im Bergbau und dem 10 % igen Lohnabbau setzten obendrein noch Massenentlassungen bei der Grubenverwaltung und in der Metall-Industrie ein. So ist die Belegschaft bei der Grubenverwaltung um fast 15 000 Mann reduziert worden. Dadurch wurden die Leistungen der Arbeiter und somit natürlich gleichzeitig die Profite der Hütten-und Grubenbarone ungeheuer gesteigert.

Die kapitalistische Rationalisierung, die sich nur gegen die Arbeiterklasse auswirkt und die von den gesamten bürgerlichen Parteien ausschließlich der Sozialdemokratischen Partei unterstützt wird, wird auch hier im Saargebiet in einem rasenden Tempo durchgeführt. Die infolge der Rationalisierung entlassenen Arbeiter werden mit einigen Bettelpfennigen abgespeist und obendrein von der französischen Grubenverwaltung noch zwangsweise aus den Wohnungen gesetzt.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

gesetzt. Und wenn Sie, von den bürgerlichen Parteien, auch hier wieder einen scheinbaren Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung im Bergbau führen,so ist das ebenfalls auch nichts anderes als eine Heuchelei. Sie haben nicht nur die kapitalistische Rationalisierung, die man zunächst drüben im Reich durchführte, freudig begrüßt, sondern Sie haben gleichzeitig diese Rationalisierungs-Maßnahmen auch für das Saargebiet gefordert. Wir erinnern Sie daran, wie Sie doch in mehreren Artikeln in den bürgerlichen Zeitungen und zwar schon im Jahre 1926 gefordert haben, daß die Saargruben rationalisiert werden müßten, wenn sie rentabel gestaltet werden sollten.

Wir erinnern Sie ferner daran, daß sogar ein Mitglied des Landesrates und zwar Herr Röchling schon im Jahre 1925 anläßlich eines Vortrages,den er in Leipzig hielt, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne im Bergbau gefordert hat. Ja,Sie wissen doch, daß es Hermann Röchling selbst war, der im Jahre 1924 seine 7000 Arbeiter 7 Wochen lang auf die Straße geworfen hat, um den Lohn um 25 % zu kürzen, den Achtstundentag zu beseitigen und die 10 - 12 stündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Wir fragen Sie,was haben Sie denn getan, als man drüben im Reiche,also von den deutschen Kapitalisten, die Rationalisierung durchführte und hunderttausende Arbeiter und Angestellte auf die Straße warf. Sie waren damit einverstanden, aber nicht nur das, sondern, wie ich eben erwähnte,unterstützten Sie diese Maßnahmen. Sie führen also auch heute wieder einen scheinbaren Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung im Bergbau und in Wirklichkeit sind Sie heilfroh, wenn die Franzosen die Rationalisierung durchführen, damit Sie dann, wenn das Saargebiet wieder an das übrige Reich angegliedert ist, vollständige rationalisierte Betriebe übernehmen können.

Die Steuerpolitik der Regierungskommission ist aufgebaut unter größtmöglichster Schonung der französischen Grubenverwaltung und der deutsch-französischen Schwerindustrie. Während den Lohn-und Gehaltsempfängern die letzten Groschen herausgepreßt werden, zahlt die Grubenverwaltung und die Schwerindustrie noch nicht einmal ein Drittel von dem, was sie vor dem Kriege gezahlt hat und damals war es bestimmt schon wenig genug. Durch diese Steuerpolitik sind aber auch gleichzeitig die einzelnen Gemeinden des Saargebietes gehindert,ihren wirtschaftlichen und kulturellen Verpflichtungen nachzukommen, und dadurch ist ihr Selbstbestimmungsrecht fast vollständig beseitigt. Das ungeheuere Massenelend, das in der Bevölkerung des Saargebietes Platz gegriffen hat, wird nicht beseitigt durch eine einfache Rückgliederung des Saargebietes zum Reich, wie es die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratischen Partei während des Wahlkampfes den Wählern erzählt haben und wie Sie es auch heute wieder tun. Die Kommunistische

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Partei hat deswegen ihre Wähler nicht im unklaren gelassen, daß ihre Lage durch einen einfachen Anschluß an das Reich nicht gebessert wird. Sie hat der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes aufgezeigt, daß erst dann eine Besserung für sie eintreten wird, wenn sie im Verein mit dem Proletariat des übrigen Reiches die Bourgeoisie zu Boden schlägt und anstelle der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische Bedarfswirtschaft setzen wird.

(Zuruf des Abg.Petri: In Rußland ist es auch nicht besser !)

(Zuruf des Abg. Daub: Sie dürfen einmal hinfahren!)

Die Kommunistische Partei des Saargebietes wird daher den Kampf um den Wiederanschluß an das Reich führen und gemeinsam mit den übrigen Proletariern Deutschlands unter dem roten Banner des Sozialismus die Bourgeoisie niederringen und aufrichten ein Sowjetdeutschland. Die Kommunistische Partei wird nicht nur im Parlament, sondern vor allen Dingen auch außerhalb des Parlaments beweisen, daß nicht nur die Regierungskommission des Saargebietes,sondern alle kapitalistischen Regierungen die Rechte der arbeitenden Bevölkerung mit Füßen treten. Gleichzeitig wird sie aber auch die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratischen Partei,auch Herrn Petri, hier wie draußen zwingen, Farbe zu bekennen, ob sie für oder gegen die werktätige Bevölkerung sind.

(Zuruf des Abg. Daub: Sehr richtig!)

Die Kommunistische Partei, als einzige Arbeiterpartei, wird den Arbeitern den Weg zeigen, der gegangen werden muß, wenn das Proletariat nicht vollständig in den Abgrund hinabgestürzt werden soll. Die anderen Parteien haben sich dann zu entscheiden, ob sie mit der Kommunistischen Partei und mit der arbeitenden Klasse gehen wollen oder ob sie gegen die Kommunistische Partei und gegen die arbeitende Klasse handeln werden. Allerdings ist sich die Kommunistische Partei auf Grund ihrer gemachten Erfahrungen schon heute klar darüber, daß die gesamten bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratischen Partei, ihre grundsätzliche Stellungnahme zum heutigen kapitalistischen Staat und der heutigen Wirtschaftsordnung überhaupt, die sie nun in den letzten Jahren vertreten haben, nicht mehr ändern werden. Sie werden weiter unterstützen und bejahen den kapitalistischen Staat.

(Zuruf des Abg. Petri: Wir sind bereit,von Euch zu lernen!)

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 1

Die Kommunistische Partei wird daher allen offenen und versteckten Teilen der Arbeiterklasse zum Trotz den schärfsten Kampf zu führen wissen. Sie wird den Arbeitern klar und ungeschminkt den Weg aufzeichnen, den das Proletariat gehen muß. Sie wird daher den schärfsten Kampf organisieren und führen gegen jede Koalitionspolitik mit dem Bürgertum, gegen jede Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Unternehmertum, gegen die sogenannten Zwangsschiedssprüche, durch die der Arbeiterschaft das legale Streikrecht geraubt worden ist, die von bürgerlicher und auch von sozialdemokratischer Seite auch für das Saargebiet gefordert werden. Sie wird kämpfen gegen das sogenannte neue Ideal der Wirtschaftsdemokratie, sie wird kämpfen gegen die Einführung der Erwerbslosenversicherung im Saargebiet,

(Zuruf des Abg. Petri: Das wollen die Deutschnationalen auch !)

durch die den Arbeitern erneute Lasten auferlegt und dem Staat und dem Unternehmertum abgenommen werden.

Die Mindestforderungen, die die Kommunistische Partei diesem Parlament unterbreitet, sind folgende:

1) Immunität der Landesratsmitglieder.

2) Amnestie für alle proletarischen, politischen Gefangenen. Amnestie für alle diejenigen Verurteilten, die als Opfer des Kapitalismus sich Delikte zuschulden kommen ließen und dafür bestraft wurden. Insbesondere fordern wir die Amnestie für alle anläßlich der Bergarbeiter-Demonstration Verurteilten. Gleichzeitig wird für alle politischen Gefangenen das politische Regime verlangt.

3) fordern wir den Ausbau und eine wirkliche Beachtung des Asylrechtes. Wir unterstreichen diese Forderung, da trotz des bestehenden Asylrechtes die Regierungskommission bezw. ihre Polizei zwei politische Emigranten an die bayerische Polizei ausgeliefert hat;

4) fordern wir den sofortigen Ausbau der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfürsorge sowie Einführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Bis zur Einführung dieser Verordnung fordert die Kommunistische Partei, daß erstens die Unterstützungssätze vom ersten Tage an und zweitens während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt werden, und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

und drittens wird verlangt,daß die gegenwärtigen Unterstützungssätze um mindestens 50 Prozent erhöht werden. Ferner fordern wir den Ausbau der Sozialgesetzgebung;

5) fordern wir den Ausbau des Arbeitsnachweisgesetzes unter Mitwirkung der Gewerkschaften, in dem festgelegt wird, daß sämtliche Arbeitsuchende nur durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden;

6) fordern wir von der Regierung die Einführung der Betriebsräte mit gesetzlichen Sicherheiten und Rechten für die gewählten Vertreter der Belegschaften. Wir fordern, daß sämtliche Grubenwohnungen sowie Werkswohnungen überhaupt unter das Wohnungszwangsgesetz gestellt werden und dort, wo bereits bei entlassenen Bergarbeitern Kündigungen bezw.zwangsweise Aussetzungen stattgefunden haben,daß diese sofort rückgängig gemacht werden. Gleichzeitig muß die Wohnungszwangswirtschaft ausgebaut werden dergestalt, daß auch die großen Wohnungen und Villen der Beschlagnahme unterliegen;

7) fordern wir die Beseitigung der Lohn-und Gehaltssteuer, sowie die den Konsum belastenden Steuern aller Art. Weiter fordern wir eine progressive Staffelung der Einkommensteuer,damit die Steuern für die Kleinhandwerker und Mittelständler herabgesetzt werden und die Grubenverwaltung und Schwerindustrie zu größeren Steuerbeträgen herangezogen wird. Gleichzeitig wird verlangt,daß auch die Mitglieder der Regierungskommission die bekanntlich ganz nette Gehälter beziehen, aber keinen Centime Steuer bezahlen, auch zur Steuer herangezogen werden;

8) fordern wir, daß eine Lohn-und Gehaltspolitik getrieben wird, die sich in der Richtung hin zu bewegen hat,daß den Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten höhere Löhne und Gehälter bezahlt werden und daß den oberen Beamten die Riesengehälter zu Gunsten der unteren Beamten und Angestellten abgebaut werden;

9) fordern wir, daß die konfessionellen Schulen beseitigt und die Weltlichkeit der Schulen hergestellt wird. Den Eltern ist durch die Einführung der Elternrente das ausschlaggebenste Mitbestimmungsrecht in der Erziehung ihrer Kinder einzuräumen. Insbesondere verlangen wir, daß in der Fortbildungsschule unter keinen Umständen Religionsunterricht erteilt werden darf;

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

10) fordern wir ein Jugendschutzgesetz, in dem festgelegt wird, daß die Arbeitszeit für Jugendliche bis zu 18 Jahren täglich 6 Stunden beträgt und ein vierwöchiger Erholungsurlaub alljährlich unter Fortbezahlung des Lohnes gewährt wird. Die Jugendfürsorge ist dem konfessionellen Einfluß zu entziehen und den kommunalen Körperschaften unter Mitwirkung der Gewerkschaften anzugliedern.

Die Kommunistische Partei ist allerdings überzeugt, daß auch diese wenigen Mindestforderungen von diesem Saarparlament und insbesondere bei der Einstellung der bürgerlichen Parteien nicht erfüllt werden. Die Kommunistische Partei wird daher gleichzeitig außerparlamentarisch die Arbeiterschaft des Saargebietes aufrufen zum Kampf um mehr Lohn und Brot. Sie wird den Arbeitern sagen, daß der Befreiungskampf von dem Doppeljoch deutsch-französischer Ausbeutung im Saargebiet nicht im Parlament, sondern außerhalb desselben geführt werden muß. Wir Kommunisten werden die Klasse des Proletariats organisieren und sie im Kampfe stählen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum endgültigen Sturz des Kapitalismus. Um den Sturz des Kapitalismus zu erreichen, fordern wir die Saararbeiterschaft auf, große, schlagkräftige freie Gewerkschaftsorganisationen unter revolutionärer Führung zu schaffen, um dann unter Führung der Avantgarde des Proletariats der Kommunistischen Partei, unter dem roten Banner des Sozialismus die letzte Entscheidungsschlacht zu schlagen, um aufzurichten die Diktatur des Proletariats, um aufzubauen den Sozialismus.

(Bravo Rufe bei den Kommunisten!)

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Ich möchte darauf hinweisen, daß meine Partei in der

Immunitätsfrage

ihre grundsätzliche Meinung aufrecht erhält. Sie hatte auch bereits zu der Frage Stellung genommen, da kam aber diese üble Schreibweise der Arbeiterzeitung, in der gesagt wird,

(Unterbrechung des Redners durch unverständliche Zwischenrufe des Abg. Weiß.)

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Herr Weiß, ich habe vorhin darauf gedrungen, daß Sie ruhig angehört wurden, und ich bitte Sie, daß Sie das gleiche Recht den anderen Herren zukommen lassen.

Abg. Hoffmann(SP) fortfahrend: Die Arbeiter Zeitung schrieb damals, „die Sozialdemokraten werden mit den Kommunisten stimmen, aber sie stimmen deshalb mit, weil sie wissen, daß die anderen Parteien dagegen sind; sie werden also nur zum Schein mitstimmen. Diese Haltung wird der SPD umso leichter gemacht, da die Bürgerlichen den Antrag sowieso ablehnen. Aus allem ergibt sich, daß die Kommunisten die einzigen sind, die den Kampf gegen die Kolonialregierung für Immunität und Amnestie kämpfen."

Das schrieb die Arbeiter Zeitung einen Tag vor der Fraktionsführerbesprechung. Wenn es die KPD ehrlich gemeint hätte, hätte sie einen Tag vor der Sitzung diesen Artikel nicht geschrieben. Ich nehme an, daß dieser Artikel solange aufgehoben worden ist, um einen Keil in die Einheitsfront zu treiben. Ich berichtige dies deshalb, weil Herr Daub überhaupt keine klare Meinung hatte. Heute sagt er, wir haben beantragt, nicht eher zu tagen, bis die Leute entlassen sind. Er hat damals gesagt, es muß der Regierung mitgeteilt werden, der Landesrat habe die und die Meinung und er wird vorläufig nicht tagen, bis die Regierung nochmals beschlossen hat. Auf die Anfrage des Herrn Schmelzer, was zu machen sei, wenn die Regierungskommission die Amnestie ablehnt, antworteten die Herren Weiß und Daub, " dann ist ein neues Moment da, zu dem wir nochmals Stellung nehmen müssen." Heute kommt Herr Daub und sagt, „ wir werden erneut den Antrag stellen, daß in keine Beratung eingetreten wird, bis die inhaftierten Abgeordneten entlassen sind. Konsequent hätte Herr Daub sein müssen und den Antrag zur Abstimmung stellen müssen; aber bis jetzt liegt kein Antrag vor. Ich erinnere daran, daß

in

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

in der Fraktionsführerbesprechung die Tagesordnung besprochen wurde. Die Kommunisten haben nicht einmal angeregt, daß zu dem Schreiben des Herrn Präsidenten der Regierungskommission Stellung genommen werden solle.

(unverständliche Zwischenrufe des Abg.Daub!)

Ich muß die Herren, die in der Sitzung gewesen sind als Zeugen anrufen, daß man sich erst auf meine Anregung hin geeinigt hat, daß zu dem Schreiben des Präsidenten Stellung genommen wird. Das ist die Tatsache, und die ist nicht abzuleugnen. Sie hielten Ihr Referat und haben eine programmatische Erklärung abgegeben und kommen nun mit dem Antrag: Wir wollen keine Beratung bis unsere Leute entlassen sind". Dabei sind wir praktisch in der Beratung drin. So armselig kann man sich als Partei nicht benehmen. Es wäre notwendig gewesen, daß die Kommunisten eine ganz andere Stellung eingenommen hätten, das haben sie aber nicht getan. Wenn diesmal die Kommunisten in Mitleidenschaft gezogen sind, so kann das jeder anderen Partei auch einmal vorkommen und deshalb glauben wir, daß der Landesrat zu dieser Frage Stellung nehmen muß. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die Kommunisten darauf sehen müssen, daß ihre Genossen in Rußland in dieser Frage auch eine andere Stellung einnehmen, da man dort die Sozialdemokraten auch nicht entläßt. In Rußland ist es für die Sozialdemokraten gerade so schlecht wie für die Kommunisten an der Saar.

Nun zu dem Schreiben des Herrn Präsidenten der Regierungskommission. Der Präsident schreibt:

> " Auf die Anfrage vom 26.X.1927 hat die Regierungskommission erklärt, daß sie sich zwar nicht für berechtigt hält, eine Gesetzesvorlage über die Immunität seiner Mitglieder dem Landesrate vorzulegen, daß sie aber in Einzelfällen, wo besonders wichtige Gründe das Gegenteil nicht verlangten, immer dafür gesorgt hat, daß die aus dem Begriffe der Immunität fließenden Freiheiten im Interesse des Landesrates seinen Mitgliedern zugute kommen und daß sie auch in Zukunft in dieser Praxis fortfahren will."

Die Regierungskommission sagt also, die Immunität ist gewahrt. Ich stelle fest, daß es nicht der Fall ist, denn wenn die Immunität gewahrt ist,dürfte kein Abgeordneter bestraft oder juristisch verfolgt werden. Die Immunität müßte vorher gewahrt werden, indem man die Verfolgung der Abgeordneten nicht genehmigt.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

(Zuruf des Staatskommissars Dr. Heim: Es handelt sich nur um Handlungen innerhalb des Parlamentes. Die Frage dreht sich um die Vollstreckung der Strafe. Insofern ist auf das deutsche Immunitätsrecht Bezug genommen worden. Wenn eine Strafe ausgesprochen ist, hat das Parlament zu beschließen, ob dieselbe vollstreckt werden soll oder nicht.)

Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß meine Partei die Meinung vertritt, daß der Landesrat selber, wenn eine Verfolgung eines Abgeordneten eintreten solle, hierüber einen Beschluß fassen muß. Der Landesrat hat auch einen Beschluß gefaßt, die Regierung hat dem aber nicht entsprochen. Hätten die Kommunisten eine klare Stellungnahme gezeigt, dann wäre die Geschichte der Immunitätsfrage vielleicht erledigt worden. Ich für meine Person beanspruche keine Immunität, aber es liegt in der grundsätzlichen Auffassung, daß ein Parlament Immunität besitzen muß. Ich bin der Meinung, wenn ich ein Vergehen begangen habe und bin verurteilt, dann gehe ich auch hin und sitze die Strafe ab. Ich glaube auch, daß die Kommunisten die Sache deshalb so gemacht haben, um sich als Märtyrer aufzuspielen und Agitation zu treiben. Gegen die Meinung der Regierungskommission müssen wir den schärfsten Protest erheben und hätten gewünscht, daß die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten eine klarere Stellung eingenommen hätten.

Ich möchte eins feststellen, Herr Weiß sagt, die Kommunistische Partei

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Herr Hoffmann, wenn zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Weiß Stellung genommen werden muß, dann ist dies in Verbindung mit den betreffenden Fragen zu tun, damit sich eine zweite Rednergarnitur bezw. eine zweite Aussprache erübrigt.

Hoffmann fortfahrend: Herr Weiß sagt, die Kommunistische Partei sei die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Ich erinnere daran, daß die SPD im Reichstag 100 Sitze mehr als die KPD hat und demzufolge stimmt das sicher nicht, was Herr Weiß behauptet.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

184

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Der Herr Daub hat Ausführungen gemacht über meine Stellungnahme zu der Angelegenheit Reinhard und Hey. Er ist zum Teil durch die Vorredner schon richtiggestellt worden. Insbesondere ist es nicht richtig, daß ich von Verbrechen der beiden Verhafteten gesprochen habe. Ich habe gar keine Veranlassung, in eine kritische Beurteilung ihrer Taten einzutreten, das hat das Gericht getan. Ich habe gar keine Zeit und auch keine Lust, mich mit der Strafbarkeit oder Nichtstrafbarkeit dieser Taten zu befassen. Ich habe in der Kommission Ausführungen gemacht über die Immunität im deutschen Reiche. Im übrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Abgeordnete Reinnard auf meinen Antrag schon einmal aus dem Gefängnis entlassen worden ist, und zwar zur Zeit einer Kommissionsberatung. Er hat damals von der Lerchesflur aus einen Brief an uns gerichtet. Auf meinen Antrag ist die Sitzung unterbrochen worden mit dem Erfolg, daß er damals aus dem Gefängnis entlassen wurde. Ich nehme gern an, daß die Regierung in dem Verfahren auch weiter so vorgegangen wäre, wenn es nicht doch vielleicht nach außen hin nicht richtig verstanden würde, wenn die Verführten im Gefängnis sitzen und die Führer und Hetzer gingen frei aus,nur deshalb, weil sie auf Grund ihrer Wortgewandtheit ein Mandat ausüben. Wenn man sich auf das natürliche Recht stützt, ist das eine Sache, die nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Auf das hin habe ich in der Kommission hingewiesen. Ich habe dort ausgeführt, daß unter allen Umständen eine Entscheidung über die Immunität dem Landesrat vorbehalten bleiben müsse. Wir fordern das wie alle Parteien auch jetzt noch, daß die Entscheidung bei dem Landesrat liegt, genau so wie im Deutschen Reich bei dem Reichstag. Ich würde unbedenklich zustimmen, daß die beiden Abgeordneten nicht verfolgt würden,daß der Strafvollzug ausgesetzt werden soll, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich es nicht einsehen will, weshalb man ihnen zu einer verhältnismäßig billigen Märtyrergloriole verhelfen soll,

(Hört, hört ! Unerhört !)

um in der Öffentlichkeit als große Helden zu glänzen.

(Zuruf des Abg.Weiß: Ist das Ihr Kampf gegen die französische Regierungskommission?)

Sie müssen meinen Worten besser folgen, dann verstehen Sie mich.

Zuruf

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

(Zuruf des Abg. Weiß: Wir kennen Sie schon!)

Ich bin der Meinung, man solle die Verhafteten ruhig freilassen, um sie bei der Bevölkerung nicht als Helden erscheinen zu lassen. Ich gehe noch weiter als Sie, mehr können Sie von mir nicht verlangen.

Ich habe in der Kommission Ausführungen gemacht, was unter Immunität verstanden wird; da scheinen mir erhebliche Begriffsverwirrungen vorzuliegen. Ich habe gesagt, daß im Deutschen Reich die Sache so ist, daß der Reichstag beschließt, ob der Strafvollzug ausgesetzt oder ob die Strafe vollstreckt werden soll. Aber die Immunität erstreckt sich nicht auf jedes Verbrechen. Das ist vielleicht das Wort, -das Herr Daub aufgefangen hat. Konnte er nicht folgen, oder wollte er nicht folgen? Es mag sein, daß er Material braucht für seine Arbeiterzeitung.

(Lachen)

Nicht jedes Verbrechen fällt unter die Immunität. So liegen die Dinge im Deutschen Reich. Ich habe ihm auch gesagt: eigentlich hätte es sich die Regierungskommission viel leichter machen können, wenn sie so vorgegangen wäre, wie es im Deutschen Reich ist:" Wer auf frischer Tat ergriffen wird, auf den findet die Immunität keine Anwendung." Wir verlangen genau das Recht wie im Deutschen Reich. Wenn die beiden Abgeordneten auf frischer Tat ergriffen worden wären, wäre auch im Deutschen Reich von der Immunität keine Rede gewesen. Daß die Parteien die Regierung inspiriert hätten, ist auch nur Material für die kommunistische Presse, besonders mit Rücksicht auf die Tribüne und mit Rücksicht auf die Leser, die urteilslos Ihre Arbeiterzeitung lesen und Sie als große Helden ansehen.

(Zuruf des Abg. Daub: Die sind gescheiter wie Ihre Leute!)

Ich weiß nicht, ob ich Ihnen hier beipflichten kann.

(Zuruf des Abg. Daub: Ihnen ist der Farbkübel in den Kopf gestiegen!)

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Ich bitte persönliche Bemerkungen zu unterlassen.

(Zuruf des Abg. Daub: Wir haben Zeit!)

(Zuruf des Abg. Schmelzer: Ich auch!)

Abg. Schmelzer fortfahrend: Ich wäre gern auf die Ausführungen des Herrn Weiß zurückgekommen, möchte aber dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden entsprechen, und nur noch sagen, was Herr Kiefer auch sagte: die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

186

die „Walze" haben wir ungefähr zehnmal gehört ! In diesem Zusammenhange möchte ich einmal den Vorschlag machen, daß wir uns im Landesrat darüber einig werden sollten, daß die Abgeordneten ihre Reden nicht vom Blatt ablesen, sondern frei ihre Gedanken aussprechen sollten. Wir sind dann vor derartigen „Walzen", die stundenlang dauern, geschützt. Ich weiß nicht, ob das auch Ihre Gedanken sind. Vielleicht komme ich nachher insbesondere noch auf das Wort von der Rationalisierung zurück, von dem sehr viele Anhänger der Kommunisten auch nicht wissen, was es ist.

Noch ein kurzes Wort, das ich in der Kommission ausgeführt habe. Herr Daub hat ausgeführt, daß wir uns gewissermaßen in Widerspruch setzen dadurch, daß wir zwar die Freilassung der beiden Kommunisten verlangen, daß wir aber, wenn das nicht geschieht, nach wie vor weitertagen. Ich habe gesagt: wir machen genau dasselbe, was Sie machen; Sie verwerfen den Parlamentarismus und sitzen doch hier, und können, wie Herr Kiefer sagte, nicht warten, bis der Landesrat tagt.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reichard!

Abg. Reichard (Dntl.VP): Meine Herren! Wir waren uns im Landesrat ja völlig klar darüber, daß wir der Regierungskommission den Wunsch aussprechen wollten, die beiden verhafteten Abgeordneten in Freiheit zu setzen. Wir haben das getan aus dem Gesichtspunkt heraus, daß wir nicht nur eine scheinbare, sondern eine tatsächliche Immunität für unsere Abgeordneten haben wollten. Daß wir das Maß der Rechte nicht besitzen, wie sonst in den Parlamenten, können wir nur bedauern. Unser ganzes Streben muß darauf hingehen, daß uns ein tatsächliches Recht eingeräumt wird, selber als Kollegium in der Frage zu entscheiden. Im übrigen lag die Sache ja vollkommen einfach und klar. Die Regierungskommission hat unseren einmütigen Wunsch, die Abgeordneten freizulassen, abschlägig beschieden. Vor dieser Tatsache stehen wir, und in den darauffolgenden Kommissionsberatungen waren wir uns auch darüber klar, daß ein weiterer Schritt in derselben Richtung bezüglich der Freilassung der Abgeordneten bei der Regierungskommission keinen Erfolg haben würde. Also hat es keinen Sinn gehabt, daß wir darüber weiter verhandelten. Wir waren uns auch klar, daß es nicht nur ein taktischer Fehler, sondern auch ein Mangel an Gewissenhaftigkeit gegenüber unseren Wählern gewesen wäre, wenn wir die Folgerungen gezogen hätten und einfach die Arbeit verweigert, gewissermaßen gestreikt und die Dinge untätig hätten gehen lassen. Wir haben uns gesagt, daß dies der Regierungskommission höchstwahrscheinlich willkommen gewesen wäre; sie hätte sagen können: Hier Saarbevölkerung, siehst du, daß die von uns nach deinem Wunsch und Willen geschaffene Institution einfach versagt; die Herren arbeiten nicht. Was daraus seitens der Regierungskommission für Folgerungen gezogen worden wären, können wir im einzelnen nicht sagen. Jedenfalls aber würden wir uns durch die weitere Verweigerung der Arbeit geschadet und ins Unrecht gesetzt haben. Wir standen vor einer Zwangssituation, über die wir keinerlei Gewalt und Macht hatten. Wir sind auch heute der Meinung, daß es durchaus wünschenswert wäre, wenn die beiden Abgeordneten Reinhard und Hey in Freiheit gesetzt würden. Wir wollen unsere Bemühungen nach dieser Richtung mit allen loyalen uns zur Verfügung stehenden Mitteln fortsetzen. Auch wir wünschen, daß die beiden Abgeordneten freigegeben werden, um an den Arbeiten des Landesrates teilnehmen zu können. Aber wir können nicht mit aller Gewalt die vorhandene Situation umbiegen und ändern. Wir haben die Verpflichtung, im Interesse der Wohlfahrt unseres Landes weiterzuarbeiten. Das war der einfache klare Gesichtspunkt, wodurch wir uns entschlossen haben, so zu handeln, wie es geschehen ist.

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg. Backes (Chrl. SP): Meine Herren! Auch meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß die beiden inhaftierten Abgeordneten aus dem Gefängnis herausgelassen werden sollen, um hier an den Tagungen teilnehmen zu können. Aber wir können den weiteren Wunsch der Kommunisten nicht erfüllen, daß der Landesrat die Tagung so lange aussetzen soll, bis sie freigelassen wären, denn wir sind auch verpflichtet, unseren Wählern gegenüber gewissenhaft zu handeln. Wir haben unseren Wählern versprochen, für die Geschicke der Bevölkerung hier einzutreten. Wir können all die Vorlagen, wo Sie doch wenigstens bis zu einem gewissen Teil zum Besten der Bevölkerung dienen, nicht noch weiter aussetzen. Deshalb haben wir uns entschlossen, weiter zu tagen. Es ist auch nicht schön von den Kommunisten, daß sie uns heute den Vorwurf machen, wir hätten das nur oberflächlich getan. Mit dieser kommunistischen Idee kommen Sie auch nicht weit bei rechtdenkenden Menschen. Wir wollen weiter arbeiten, und zwar in dem Sinne, damit für die Bevölkerung durch die Vorlagen ein Vorteil erzielt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Wir stehen vor der einfachen Tatsache, daß die Regierungskommission es abgelehnt hat, die Abgeordneten freizulassen, und wir hätten die Gesetzgebungsmaschine des Saargebietes, in der der Landesrat nur ein kleines Rädchen ist, stillgelegt, wenn wir dem Wunsche der Kommunistischen Partei entsprochen hätten. Wir stehen zwar auf dem Standpunkt, daß man die Abgeordneten hätte freilassen sollen, aber wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß der Landesrat weiter tagen soll.

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Damit ist die Aussprache geschlossen. Als Ergebnis derselben liegt folgender Antrag der Kommunistischen Fraktion vor:

Antrag auf Aussetzung der Sitzung.

Die Regierungskommission hat den vom Landesrat einstimmig angenommenen Antrag auf Freilassung der beiden kommunistischen Landesratsabgeordneten Reinhard und Hey, sowie die Gewährung der Immunität für alle Abgeordneten abgelehnt.

Wir beantragen deshalb erneut, der Landesrat wolle beschließen:

Die Tagungen des Landesrates solange auszusetzen, bis die Regierungskommission den vom Landesrat einstimmig gefaßten Beschluß nachgekommen ist.

Der Antrag ist in der Kommissionsaussprache nicht angekündigt gewesen. --

(Zuruf des Abg. Daub: Ich habe ja erklärt, daß ich ihn einbringen werde!)

(Zuruf des Abg. Weiß: Ausgerechnet die Kommunisten nehmen nicht zu diesem Punkt Stellung.)

Vorsitzender: Meine Herren, ich konstatiere ausdrücklich, daß Herr Daub Anträge angekündigt hat bezüglich der Immunität, bezüglich der Umsatzsteuer und bezüglich der Löhne. Ein Antrag, die Tagesordnung solange auszusetzen, bis über den Antrag entschieden ist, ist nicht angekündigt worden. Wird zu dem Antrag das Wort gewünscht?

Abg. Kiefer(Z): Unsere Stellungnahme ist ja bekannt. Wir haben nichts dazu zu sagen.

Abg. Hoffmann(SP): Obwohl die Kommunistische Partei uns heute Heuchelei vorgeworfen hat und obwohl sie den Antrag nicht angekündigt hat, stimmen wir ihm zu.

Vorsitzender: Hat noch jemand etwas dazu zu sagen? Es ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag erledigt.

Wir gehen jetzt zur Tagesordnung über und kommen zu Punkt 1 betr.:

<u>Wahl von zwei Vertretern gemäß Artikel 24 der Verordnung betr. Abänderung der Bestimmungen über das Wohnungswesen vom 27. Juli 1926 in der Fassung der Verordnung vom 16. Dezember 1927.</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer !

Abg. Kiefer (Z): Ich habe nur folgendes zu erklären: Es war bisher so gewesen, daß in dieser Kommission die Vorschläge die von uns betr. Mietpreisbildung vertreten wurden, von der Regierungskommission niemals beachtet worden sind. Wir hätten aus diesem Grunde die größte Ursache, uns in dieser Kommission nicht mehr zu beteiligen, um uns nicht unnötige Arbeit aufzuladen. Da nun aber die Regierungskommission eine etwas andere Zusammensetzung zeigt und der neue Herr von Ehrnrooth nach seiner eigenen Äußerung dem Willen des Landesrates beachten will,können wir der Hoffnung Raum geben, daß es besser wird und daß die Vorschläge, die unser Mitglied macht, von der Regierungskommission gewürdigt werden. Sollten wir nach einiger Zeit feststellen, daß die Regierungskommission wiederum willkürlich handelt und die Vorschläge des Landesrates mißachtet,dann werden wir wahrscheinlich unser Mitglied zurückziehen. Unter diesem Vorbehalt benennen wir unseren Kollegen Gärtner als Mitglied dieser Mietfestsetzungskommission.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Die Form des Zentrumsantrages berührt mich eigentümlich. Im Jahre 1926 wurde ein einstimmiges Gutachten abgegeben, welches eine Staffelung der Mieten vorsah entsprechend der Teuerungszahl im Saargebiet. Herr Kiefer sagte, daß die Regierungskommission gerade in der Mietpreisbildung nicht den Wünschen des Zentrums gefolgt sei. Dann möchte ich ihn fragen, in welchen Fragen die Regierungskommission denn überhaupt den Wünschen des Landesrates gefolgt ist.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Meine Herren! Wir hatten angenommen, daß der gegenwärtige Landesrat die Vorschläge für diese Kommission ablehnen würde. Wir hatten deshalb erklärt,wir würden uns dem anschließen. Nachdem aber die Sozialdemokraten und die Kommunistische Fraktion erklärt haben, sie würden diese Kommission beschicken, -die Kommunistische Fraktion hat sogar als nächststärkste den Anspruch gemacht, ein Mitglied zu entsenden-,glauben wir, es nicht vertreten zu können, daß diese Kommission nur von der Linken beschickt wird, sondern wir werden deshalb, nachdem auch das Zentrum seine Stellungnahme geändert hat,uns ebenfalls daran beteiligen. Wir schlagen vor, d.h. wir schließen uns dem Antrag des Zentrums an, daß Herr Gärtner in die Kommission entsandt wird.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll(DWP): Meine Herren! Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um mit allem Nachdruck gegen die bisherige und derzeitige Mietpreisbildung der Regierungskommission zu protestieren. Es geht nicht länger an, daß die Miete im Saargebiet in dieser Art niedrig gehalten wird. Es gibt heute durch die Art, wie wir im Saargebiet in dieser Beziehung verwal tet werden, fünf Arten von Mieten. Ein und dieselbe Bevölkerung, die in Bezug auf Lohn und Gehalt vollständig gleichgestellt ist, muß sich, je nachdem wie der Einzelne Glück oder oder Unglück hat, diesen fünf Arten von Mieten beugen. Wir haben erstens die Miete in alten Wohnungen, die sehr niedrig ist. Wir haben Mieten, die auf Grund einer früheren Verordnung um 50 % erhöht worden sind. Wir haben weiter die Mieten, die um 30 % erhöht werden dürfen und wir haben die Mieten in Häusern, die aus der Zwangswirtschaft befreit worden sind. Das ist ein Chaos auf dem Gebiete der Mietpreisbildung, das beseitigt werden muß. Ich bitte den Landesrat, namentlich die Herren Vertreter der Mietpreisfestsetzungs-Kommission, dafür zu sorgen, die Mieten auf ein annähernd gleiches Maß zu bringen. Wir müssen die Wohnungszwangswirtschaft abbauen,da man in den Gemeinden, in denen die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, die allerbesten Erfahrungen gemacht hat. Ich habe ein Aktenstück vor mir liegen, das die Äußerungen von 102 Gemeinden enthält. Es geht daraus hervor, daß man in fast allen Gemeinden durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft die besten Erfahrungen gemacht hat. Die meisten Gemeinden sind glücklich, die Geißel der Zwangswirtschaft hinter sich zu haben. Es wird vor allem von diesen Gemeinden bescheinigt, daß in Bezug auf Mietpreisbildung Ruhe herrscht, viele bescheinigen sogar, daß das Verhältnis zwischen Mieter und Hausbesitzer viel besser geworden ist.

(Zuruf des Abg. Weiß: Die Zustände sind vielleicht zu gräßlich dort!)

Ich kann Ihnen (zu Weiß gewandt) das Aktenstück zur Verfügung stellen, vielleicht werden Sie dann derselben Meinung wie ich.

Die Regierungskommission muß Schluß mit der Niedrighaltung der Mieten. Wir freuen uns, daß sich das Zentrum nachträglich doch bereit erklärt hat, den Posten in der Mietpreisfestsetzungs-Kommission zu besetzen.

Ich

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Ich bitte den zu wählenden Herrn der Linken, daß er sich dieser Fragen mit derselben Freundlichkeit widmet, wie es Herr Hoffmann in Hausbesitzer-Versammlungen getan hat.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Den Ausführungen des Herrn Schmoll können wir nicht folgen. Solange die Wirtschaftlage sich in den jetzigen für die Arbeiterschaft schlechten Verhältnissen bewegt, ist eine Aufhebung des Mieterschutzes nicht zu erstreben. Dieser Auffassung haben sich vor einem Jahre auch die bürgerlichen Parteien angeschlossen, und damals war die Wirtschaftslage bestimmt nicht so schlecht wie heute. Wir erwarten von dem Mitglied der Linken, daß es im Interesse der arbeitenden Klassen wirkt. Wir vertreten auch die Auffassung der Hausbesitzer, aber solange die Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert ist, kann eine Aufhebung der Wohnungs-Zwangswirtschaft nicht infrage kommen.

Dem Kommunistischen Vertreter stimmen wir zu und hoffen, daß derselbe im Sinne der Mieter eintritt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Meine Herren! Ich bin der Meinung, daß der kommunistische Vertreter nicht der geeignete Mann für den Ausschuß ist. Stellen Sie sich einmal in die Lage des Herrn Gärtner, wenn er eine Stellung einnehmen wird, die zu Gunsten der Hausbesitzer spricht.

Ich möchte den Landesrat bitten, den kommunistischen Vertreter abzulehnen und einen Vertreter der Sozialdemokraten zu bestimmen.

(Zuruf des Abg. Weiß: Ja, das ist Demokratie!)

Ich scheue mich nicht, dies zu erklären. Sie wenden sich gegen die armen Teufel, die hohe Neubaumieten bezahlen müssen, während andere ruhig in alten Wohnungen sitzen bleiben können. Sie wissen genau, daß man diese Dinge nicht aufrecht erhalten kann. Ihr Vertreter ist nicht in der Lage, diese Fragen nach Vernunft und Recht zu beurteilen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri(SP): Ich bedauere, daß einem Vertreter des Landesrates die Fähigkeiten abgesprochen werden. Wenn der Betreffende auch keine höhere Vorbildung hat oder nicht in einer Handwerkerkategorie groß geworden ist.

Wir haben zu erklären, daß wir für den kommunistischen Vertreter stimmen, weil wir in ihm einen Vertreter der Mieter erblicken und die Kommunistische Partei als nächststärkste Partei ansehen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler(KP): Ich habe den Ausführungen des Herrn Schmelzer nichts hinzuzusetzen. Es wurde seinerzeit einmal von einem sozialdemokratischen Redner gesagt, daß Herr Schmelzer sich die Rolle des Schulmeisters des Landesrates anmaßt. Gerade seine heutigen Ausführungen beweisen, daß er auf dem Wege zum Oberschullehrer ist.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Die Ausführungen beweisen, daß die Frage der Mietpreisbildung aus der politischen Atmosphäre herausgehoben werden muß.

(Zuruf des Abg.Daub: Sie haben doch Erfahrungen im Saarbrücker Stadtrat genug gemacht!)

Wir sind dafür, daß diese Frage den wirtschaftlichen Organisationen überwiesen wird. Die Hausbesitzer-Organisationen mögen sich mit den Mietern in dieser Sache einigen, und ich glaube, daß sie sich viel eher einigen werden, als die politischen Parteien. Ich behalte mir vor, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Im übrigen stimme ich den Ausführungen des Herrn Schmelzer, soweit sie sachlicher Natur waren, zu.

Vorsitzender: Wird ein Antrag auf Vertagung gestellt ?

Abg. Schmoll (DWP): Nein, ich stelle keinen Antrag auf Vertagung, da die Sache doch sehr eilig ist.

Vorsitzender: Es sind die beiden Herren Gärtner und Heckler vorgeschlagen. Nach den gemachten Ausführungen sind die beiden Herren gewählt.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Wir kommen dann zur Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Herabsetzung indirekter Steuern;

2) Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen.

Es besteht Einmütigkeit darüber, die beiden Vorlagen gemeinsam zu behandeln.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abg. Hoffmann das Wort!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren!

Der B e r i c h t

der Steuerkommission über die Beratung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Herabsetzung indirekter Steuern;

2) Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen;

lautet:

Die Steuerkommission des Landesrates hat sich in ihren Sitzungen vom 5. und 8. Juni ds.Js. mit den beiden Vorlagen befaßt.
Die Vorlage betr.:

Herabsetzung indirekter Steuern,

wurde einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die Vorlage am 15.Juni 1928 in Kraft treten zu lassen. Die Kommission glaubte, den im Entwurf vorgesehenen Termin deshalb nicht annehmen zu können, weil der Handel die Preise ab 20. März 1928 nicht herabgesetzt habe. Der Handel würde also, wenn die Verordnung rückwirkend in Kraft gesetzt würde, durch die Steuerermäßigung einen nicht verdienten Gewinn einstecken.

Zur Verordnung über die

Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen,

wurde von Seiten des Zentrums ein Abänderungsvorschlag zum Tarif vorgelegt, der wie folgt lautet:

Die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Die Sätze sind zu ändern wie folgt:

Pos.	1		statt	20.-Frs.	=	12 Frs.
"	2		"	24.- "	=	16.-Frs.
"	3	a	"	70.- "	=	36.- "
"	3	b	"	220.- "	=	120.- "
"	3	c	"	180.- "	=	120.- "
"	4		"	250.- "	=	240.- "
"	5	a	"	300.- "	=	360.- "
"	5	b	"	150.- "	=	96.- "
"	6	a	"	24.- "	=	16.- "
"	6	b	"	70.- "	=	36.- "
"	7	a	"	120.- "	=	72.- "
"	7	b	1 "	150.- "	=	72.- "
"	7	b	2 "	200.- "	=	72.- "
"	7	c	"	150.- "	=	72.- "
"	7	d	"	150.- "	=	72.- "
"	7	e	"	240.- "	=	160.- "
"	7	f	"	240.- "	=	160.- "
"	7	g	"	240.- "	=	160.- "
"	7	h	"	240.- "	=	160.- "
"	7	i	"	300.- "	=	160.- "

Zu diesem Vorschlage behielten sich die Sozialdemokraten ihre Stellungnahme bis zum Plenum vor.

Die Kommunisten erklärten, die Vorlage abzulehnen.

Die übrigen Parteien stimmten dem Antrag des Zentrums zu.

Die Kommission stellte an die Regierungskommission bei Beratung der beiden Vorlagen nachfolgende Anfragen:

1) Die Regierungskommission wird ersucht, eine Zergliederung, der von den Zollbehörden für das Saargebiet erhobenen Abgaben in

a) solche, die von im Saargebiet gelegenen
b) " " " in Frankreich gelegenen

Zollämtern erhoben werden, und eine Untergliederung

a) nach Zollabgaben,
b) nach Umsatzsteuer,
c) nach Luxuseinfuhrsteuer,
d) nach inneren saarländischen Abgaben,
e) wie hoch sind die Erhebungskosten?

2) a) Wie hoch ist der Luxussteuer-Betrag für Automobile aus Frankreich nach dem Saargebiet im Jahre 1927 gewesen?

b) Welchen Betrag hat die Luxussteuer für Automobile im Jahre 1927 überhaupt eingebracht ?

Die

LTA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 1

Die Kommission stellte weiter folgende Anträge an die Regierungskommission:

1) Die Regierungskommission wird ersucht zu prüfen, ob im Hausierhandel das Ausstellen von Wechseln verboten werden kann.

2) Die Regierungskommission wird ersucht, die Ausrüstung von Automobilen zu Wanderkaufläden zu verbieten.

3) Die Regierungskommission wird ersucht, das Gegenseitigkeits-Abkommen zwischen Saargebiet und Frankreich über die Erhebung der Luxussteuer dem Landesrat vorzulegen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Ich erteile dem Sprecher der Zentrumspartei, Herrn Abgeordneten Becker das Wort, und möchte nochmals darauf aufmerksam machen, daß alle einschlägigen Anträge gleich in der Aussprache behandelt werden möchten.

Abg. Becker (Z): Meine Herren! Wir können dem uns vorgelegten Entwurf zur Hausiersteuer mit einigen Abänderungen zustimmen. Der Herr Kommissions-Berichterstatter hat bereits ausgeführt, daß wir eine teilweise Herabsetzung der Gebühren beantragt haben. Teilweise haben wir auch eine Heraufsetzung beantragt. Das kam daher, daß der Entwurf einen Multiplikator gemäß den Friedenssteuersätzen von 6 bis 6 1/2 vorsah, bei höheren Steuersätzen sah er dagegen nur 5 vor. Wir haben den Tarif etwas geändert, indem wir bei den unteren Sätzen einen Multiplikator von 4 angewandt haben, und bei den größeren Sätzen haben wir den Multiplikator von 5 auf 6 erhöht. Wir glauben, daß wir auf diese Weise einen guten Mittelweg beschritten haben, denn das Gewerbe im Umherziehen muß natürlich ebenso besteuert werden. Es ist nur ein Ausgleich und die Gerechtigkeit erfordert es, daß das Gewerbe im Umherziehen genau so besteuert wird, wie das stehende Gewerbe, das eben durch die Gewerbesteuer erfaßt wird, weil diese Hausiersteuer einen Ausgleich nur für die Gewerbesteuer bildet.-

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nochmals auf einen Umstand hinweisen, den wir schon in der Kommission erwähnt haben, daß im Saargebiet zurzeit lebhafte Klagen bestehen über die Auswüchse, die sich durch fremde Hausierer im Saargebiet gezeigt haben. Ganze Kolonnen davon durchziehen unser Land, sie verkaufen sogenannte Sammelpakete auf Kredit, lassen sich dann eine Bescheinigung ausstellen, die eine Empfangsbestätigung sein soll. Diese Empfangsbescheinigung entpuppt sich aber nach einigen Monaten als ein regelrechter Wechsel. Der Empfänger der Ware muß auch nachher die Feststellung machen, daß die Ware meist minderwertig ist. Er hat sich jeder Einrede dadurch begeben, daß er einen Wechsel ausgestellt hat. Da durch dieses Verfahren schon sehr viele Verbraucher im Saargebiet geschädigt worden sind, haben wir die Regierungskommission ersucht, zu prüfen, ob derartige Machenschaften nicht überhaupt verboten werden können. Auf alle Fälle ist nach meiner Ansicht der Sache dadurch abzuhelfen, daß man Hausierern, die derartige unreelle Geschäfte machen, sofort den Wandergewerbeschein entzieht.

Eine weitere Beschwerde, die auch vorgebracht werden müßte, auch wenn die Angelegenheit heute nicht ausdrücklich auf der Tagesordnung stünde, ist die, daß die Gleichstellung zwischen dem saarländischen und französischen Handel, insbesondere zwischen dem Hausierverhältnis, immer noch nicht durchgeführt worden ist. Vor einiger

Zeit

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vor einiger Zeit hat die Regierungskommission auf eine Anfrage, die ich an sie gerichtet hatte, mir geantwortet, daß die zuständige Kommission für das Moseldepartement auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung es ablehnt, Wandergewerbescheine an Saarländer abzugeben. Als Gegenmaßnahme hat die Abteilung Handel und Gewerbe vor längerer Zeit bereits Anweisung erhalten, ihrerseits an Franzosen keine Wandergewerbescheine auszugeben. Daß diese Händler, die auf saarländischen Messen und Märkten tätig sind, der Besteuerung nach den geltenden Vorschriften unterliegen, ist nur formell richtig. In Wirklichkeit sind diese Händler, die auf Messen und Märkten im Saargebiet,z.B. auf dem Wendelinusmarkt in St. Wendel oder auf der Kirmes in St.Jngbert auftauchen, von der Steuer sehr schwer zu erfassen, denn sie sind am nächsten Tag verschwunden und nicht mehr im Saargebiet anwesend, und die Steuer für diese Händler, wie sie zurzeit gehandhabt wird, steht nur auf dem Papier. Es geht nicht an,daß bei den hohen Steuern, mit denen Handel und Gewerbe im Saargebiet belegt wird, gerade ausländische Händler ganz von Einkommensteuer,Umsatzsteuer und Gewerbesteuer befreit sind. Es läßt sich auch schwer ermöglichen, diese Händler zu kontrollieren, da sie heute gar keine Zureiseerlaubnis haben. Nun hat der Leiter der Abteilung Handel und Gewerbe der Regierungskommission hier Abhilfe zu schaffen versucht. Er hatte verfügt, daß Händler, die keine Einreiseerlaubnis besitzen, auf saarländischen Messen und Märkten nicht zugelassen werden sollen. Nun ist aber plötzlich, ganz plötzlich die Wirtschaftsabteilung der Regierungskommission wach geworden. Sie hat offenbar 7 Jahre lang geschlafen. Sieben Jahre lang hat sie trotz der schweren Schäden,die für das Saargebiet dadurch entstanden sind,nichts in der Sache getan. Im Jahre 1921 hatte die Regierungskommission eine Verordnung erlassen,durch die sie die Frage geregelt hatte, aber sehr einseitig, ohne sich der Gegenseitigkeit zu vergewissern. Die Berufsvertretung, an der Spitze die Handelskammer, - ich glaube auch die Handwerkskammer und besonders auch der Schutzverein- haben in der ganzen Zeit, namentlich in den letzten Jahren umsonst petioniert. Jetzt wird aber die wirtschaftliche Abteilung wach, es wird innerhalb weniger Tage gehandelt. Herr Minister Morize fuhr das allerschwerste Geschütz auf, er unterzeichnete persönlich eine Verordnung, durch die er die Verfügung,die die Abteilung Handel und Gewerbe erlassen hat, wieder aufhebt. Der Leiter dieser Abteilung, der die Verfügung angeblich nicht hat zurücknehmen wollen, wird seines Amtes entsetzt. Da muß es auf einmal so schnell gehen. Ich betone ausdrücklich, daß wir ja grundsätzlich die Franzosen und die Ausländer vom saarländischen Markt gar nicht haben ausschließen wollen, nein, sie sollen dieselben Rechte haben wie wir, wenn sie dieselben Pflichten übernehmen. Auf der anderen Seite verlangen

wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

wir für unsere Saareinwohner dieselben Rechte natürlich auch drüben in Frankreich. Solange das nicht besteht, d.h. solange ein Gegenseitigkeitsrecht nicht besteht, können wir uns mit der Verordnung, mit der Handhabung, wie sie seitens des Herrn Morize geübt wird, nicht einverstanden erklären. Wir können es nicht billigen, daß er das allerschwerste Geschütz auffährt, daß er sofort hingeht und die Abteilung Handel und Gewerbe auflöst, nur weil sie eine Verordnung erlassen hat, die ihm nicht in den Kram paßt. Das können wir nicht billigen. Was wir zum mindesten von ihm erwarten müssen, ist, daß er endlich einmal für eine Regelung dieser Frage Sorge trägt.-

Ebenso verhält es sich mit den Handelsausweisen für die Geschäftsreisenden..Die Regelung dieser Frage, die die Regierungskommission in einem Schreiben vom vorigen Jahre schriftlich versprochen hat, ist auch immer noch nicht erfolgt, trotzdem die beteiligten Kreise drängen. Wir haben hier einen lächerlichen Zustand. Ich habe schon zweimal ausgeführt, daß 3000 französische Reisende, oder mehr noch, in das Saargebiet kommen können ohne besondere Legitimation; sie wird als selbstverständlich und gültig erachtet. Dann gehen 25, 30 oder 50 - ich weiß nicht genau,wieviel es sind- saarländische Reisende nach Frankreich und sind dort den schwersten Schikanen ausgesetzt, namentlich in den nahen Grenzorten wie Forbach usw. Sie werden dort vor den Kadi geladen. Es sind eine ganze Reihe Gerichtsverfahren anhängig, die allerdings, soviel ich weiß, ausgesetzt worden sind, aber die Betreffenden sind immer noch nicht außer Gerichtsverfolgung.Dabei ist es lächerlich, daß man seit dem 17.August in Frankreich sogar den deutschen Ausweis für die Legitimation von Geschäftsreisenden anerkennt, während die saarländische Legitimation bis jetzt immer noch nicht anerkannt ist. Es wäre eine furchtbar einfache Lösung, wenn die Regierungskommission heute erklären würde, wir verändern unsere Verordnung vom Jahre 1921 wieder,indem wir eben für französische Reisende ebenfalls Legitimationskarten im Saargebiet verlangen, dann wäre ich gewiß, daß innerhalb 3 Tagen die ganze Frage geregelt wäre. Es fehlt eben scheinbar nur am guten Willen. Es kann nur daran liegen, daß einige Abteilungen der Regierungskommission die Interessen des Saargebietes eben vernachlässigt haben. Vielleicht hat man es gar nicht gewagt, unsere Worte in Paris überhaupt vorzubringen. Denn das ist sicher, wenn Herr Morize die gleiche Festigkeit gegenüber Paris erwiesen hätte, wie seinem Untergebenen, dem Leiter der Abteilung Handel und Gewerbe gegenüber, dann wäre jedenfalls diese Frage längst erledigt. Wir müssen von der Regierungskommission erwarten, daß sie einen Zustand beseitigt, der geeignet ist, die Ehre des Saargebietes zu verletzen, weil das Saargebiet sich bei dem heutigen Zustand eines Rechtes entäußert, den es anderen einräumt.

Ich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Ich komme zur zweiten Vorlage. Es handelt sich hier um die

Herabsetzung indirekter Steuern,

und zwar um die Herabsetzung der Steuern auf Mineralöle, insbesondere auf Benzin. Vorab kann ich erklären, daß wir der Vorlage unsere Zustimmung geben. Nun haben wir der Anregung der Deutsch-Saarländischen Volkspartei Folge geleistet und haben uns damit einverstanden erklärt, daß das Inkrafttreten der Herabsetzung erst am 15.Juni erfolgt, da uns glaubhaft gemacht worden ist, daß die Rückvergütung doch nur einem großen Konzern zugute kommt, während sie dem Verbraucher praktisch doch nicht zurückvergütet werden kann. Wenn eben aber die Regierungskommission auf diese Weise besondere Einnahmen haben sollte, so möchten wir anregen und ihr anheimstellen, ei der Dotierung des Sozialetats gerade dieses zu berücksichtigen und sie entsprechend für die Sozialrentner zu verwenden. In der Begründung dieser Vorlage ist ausgeführt,daß Frankreich seine Zölle auf Mineralöle bedeutend erhöht hat, sodaß dieses Produkt, weil es eben doch zum größten Teile aus dem Zollausland kommt, im Preis eine starke Steigerung erfahren hat. Es geht natürlich nicht an,daß man gleichzeitig hohe Inlandsabgaben und hohe Zölle errechnet, das ist ein Widersinn. Deshalb war es auch in Frankreich nötig, daß man die Inlandsabgaben herabgesetzt hat. Aber dieses ganze Verfahren ist für uns weniger zweckmäßig und das gibt mir Veranlassung, einmal auf diesem ganzen Zusammenhang zwischen Zöllen und inneren Abgaben hinzuweisen. Diese letzten Zollerhöhungen der französischen Regierung, die im März in Kraft getreten sind, erweisen sich überhaupt als außerordentlich schädlich für das Saargebiet, insbesondere auch die Zölle, die auf Mehl,Fette, Zucker erhoben werden. Die Lebenshaltung der saarländischen Bevölkerung wird natürlich dadurch sehr heraufgesetzt, erfährt eine starke Steigerung,ohne daß von den erhöhten Zöllen dem Saargebiet etwas zugute kommt, denn die meisten dieser Waren gelangen ja nicht unmittelbar in das Saargebiet, sie werden in Marseille, in Le Havre und anderen Städten gelandet. Sie können deshalb nicht für das Saargebiet deklariert werden und die Folge ist, daß die Zölle für Frankreich erhoben werden. Manchmal wird allerdings diese Deklarierung leider versäumt. Sie wird auch manchmal absichtlich unterlassen,weil man fürchtet, durch die Deklarierung für das Saargebiet besondere Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bei der Verzollung dieser Artikel zu haben. Im Haushaltplane hat die Regierungskommission uns nur die Gesamtsumme aller Zölle angegeben; sie hat nicht einmal die Erhebungskosten für die Zölle einzeln angeführt. Sie hat nicht angeführt, daß unter diesen Zolleinnahmen auch die Einfuhrumsatzsteuer und die erhöhte Einfuhrumsatzsteuer enthalten ist. Wir verlangen da von ihr und haben es durch <u>Kommissionsbeschluß</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Kommissionsbeschluß zum Ausdruck gebracht, daß sie den Haushaltplan näher spezifiziert und genauere Angaben macht. Besondere Klagen bestehen dann auch wegen der erhöhten Umsatzsteuer, der erhöhten Einfuhrumsatzsteuer oder der Luxussteuer. Diese wirkt sich aus bei der Einfuhr von Automobilen. Es ist genau so wie bei allen übrigen Waren. Die Automobile, amerikanische und italienische, kommen in Paris und Le Havre an. Es braucht natürlich niemand zu wissen, daß sie in das Saargebiet gelangen werden. Die 12 % erhöhte Einfuhrumsatzsteuer wird für Frankreich vereinnahmt. Diese 12 % gehen dem Saargebiet verloren. Die Automobile werden im Saargebiet also wesentlich verteuert, ohne daß aus den Einnahmen, die für das Saargebiet entstehen müßten, tatsächlich etwas in die Kasse des Saargebietes gelangt. Fast ebenso schlimm ist es nun fast bei der Versteuerung französischer Autos. Hier erhebt der französische Staat 12 % Luxussteuer ursprünglich, und zwar erhebt das Saargebiet alsdann keine Luxussteuer mehr. Ursprünglich war durch ein Gegenseitigkeitsabkommen bestimmt, daß man für Frankreich im Saargebiet die Luxussteuer erhob und daß man in dem umgekehrten Falle sie in Frankreich erhob. Nun sind Vorstellungen in Paris erhoben worden und der französische Staat hat zugesagt - wie schon in der Kommission gesagt wurde-, er hat sich nicht etwa verpflichtet, von dieser erhobenen 12 % Luxussteuer 6 % an das Saargebiet zurückzubezahlen. Also erhebt der französische Staat immer noch von jedem Automobil, das in das Saargebiet geht, eine Luxussteuer von 6 %. Er kann das nur, weil er ganz unsinnig hohe Zölle hat, sonst würden sehr schnell die französischen Automobile durch die deutschen verdrängt werden. Und das bedeutet, daß der französische Staat etwa 100 % von der Luxussteuer, die er gewissermaßen von dem Saargebiet erhebt, als Erhebungskosten berechnet. Das ist ein Zustand, der unbedingt nach Abhilfe schreit. Aber wo bleiben die 6 Prozent, sie sind im Haushaltplane nirgendwo ausgewiesen. Wir haben zwar gehört, daß sie unter der Position Umsatzsteuer enthalten sein sollen. Aber wir fordern und müssen es fordern, daß in Zukunft diese Position einzeln ausgewiesen ist. Damit haben wir als Vertreter des Volkes die Möglichkeit, diese Posten ebenfalls zu kontrollieren wie die anderen Posten. Ebenso möchte ich nochmals die Forderung, die der Kommissionsberichterstatter dargelegt hat, unterstreichen, daß eben diese ganzen Posten des Haushaltplanes spezifiziert und die ganzen Posten einzeln ausgewiesen werden, sodaß vor allem einmal die Erhebungskosten klar zum Ausdruck gelangen.

Der Haushaltplan ist überhaupt bald fällig. Wir ersuchen die Regierungskommission, denselben uns vor der Beschlußfassung diesmal vorzulegen. Es ist an dieser Stelle schon mehrfach ausgeführt worden, daß nach dem Versailler Vertrag Steuern nur nach Befragen der Bevölkerung erhoben werden dürfen. Der Landesrat hat ein verbrieftes Recht, bei der Aufstellung des Haushaltplanes mitzuwirken. Wenn es in

der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

der Errichtungsurkunde zum Landesrat allerdings heißt, daß der Haushaltplan dem Landesrat zur Kenntnisnahme zugeht, so bedeutet das eine Rechtsverletzung, denn durch die Errichtungsurkunde zum Landesrat konnte nicht das Saarstatut des Versailler Vertrages aufgehoben werden.

Da wir nun einmal gerade Automobilfragen behandeln, so möchte ich erklären, daß wir dem Vorschlag der Wirtschaftspartei, daß die Vollgummibereifung gemäß dem deutschen Vorhaben auch im Saargebiet beseitigt wird, zustimmen. Wir möchten die Regierungskommission bitten, die deutsche Verordnung, nach der - ich glaube bis Ende 1929- alle Vollgummi-Bereifungen ersetzt sein müssen, ebenfalls einzuführen. Wir möchten den Antrag dahin erweitern, daß ebenfalls gemäß dem deutschen Muster auch auf die Erhebung von Brückengeld für Kraftwagen im Saargebiet verzichtet werden soll. In Deutschland hat man das damit begründet, daß die Kraftwagenbesitzer Wege- und Straßenabnutzungsgebühren bezahlen und daß infolgedessen eine besondere Brückenabgabe in Wegfall kommen müsse. Die Gemeinden, die ein Anrecht auf Brückengeld zu haben glauben, müssen eben aus diesen Wege- und Straßenabnutzungsgebühren abgegolten werden. Bei der Gelegenheit muß man allerdings erwähnen, daß hier im Saargebiet die Straßenabnutzungsgebühr nur durch eine einfache Verordnung der Regierungskommission verordnet worden ist. Die Genehmigung des Landesrates hat sie bis heute noch nicht erhalten. Wir müssen verlangen, daß man uns auch diese Verordnung über die Straßenabnutzungsgebühren zur Beschlußfassung vorlegt.

Nun noch zu den Anträgen der Sozialdemokratischen Partei, die uns heute morgen auf den Tisch gelegt worden sind. Die Sozialdemokratische Partei schlägt - wenn ich die Sache in der kurzen Zeit habe recht studieren können- vor, die reichsdeutschen Sätze als Existenzminimum festzulegen. Das ist ja unsere Forderung immer gewesen. Besonders bei der letzten Steuervorlage haben wir beantragt, daß die deutschen Sätze eingeführt werden sollen; und wir können natürlich infolgedessen, da der Antrag sich mit unserem deckt, diesen Antrag ohne weiteres annehmen. Ebenso verhält verhält es sich mit den vier anderen Anträgen der Sozialdemokratischen Partei. Sie fordern die Aufhebung bezw. den Abbau der Umsatzsteuer. Da sind wir außerordentlich mit einverstanden. Ich glaube, da herrscht Einstimmigkeit im ganzen Landesrat. Denn wir fordern ja hinsichtlich der juristischen Personen noch Vermögenssteuer. Für den Antrag setzen wir uns besonders ein. Es ist ein alter Antrag, der hier von mir persönlich zum ersten Male eingebracht worden ist. Ich erwähne das nicht etwa aus Eigenlob, sondern deshalb, weil während der Wahlkampagne in der sozialdemokratischen Presse behauptet wurde, daß dieser Antrag von uns abgelehnt worden sei. Es ist nicht gut möglich, daß wir einen Antrag, den wir selbst eingebracht haben, ablehnen können.

Der

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

204

Der dritte Antrag betr.

Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer,

wird von uns nicht abgelehnt , sondern der Zeitpunkt, in dem die Stabilisierung des französischen Franken erfolgen kann, nicht für richtig gehalten. Wir müssen damit rechnen, daß der französische Franken stabilisiert wird und es wäre besser, abzuwarten, welche Konsequenzen sich daraus für das Saargebiet ergeben.

Zu dem weiteren Antrag betr.

Wiedereinführung der besonderen Gewerbesteuer

können wir nur im Rahmen einer vollständigen Steuerreform Stellung nehmen. Es ist schwierig, eine derartige Einzelfrage aus dem Steuerkomplex herauszureißen. Wir haben deshalb bei Beratung der letzten Steuervorlage gefordert, daß eine vollständige Steuerreform durchgeführt wird. Nur in diesem Rahmen könnte der Antrag der Sozialdemokraten besprochen werden.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

LTA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 12. Juni 1928 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

- o O o -

T e i l II.

- o -

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Becker war zu entnehmen, als sei im Hausierhandel eine starke Überfremdung zu verzeichnen. Es sind insgesamt 2500 Wandergewerbescheine ausgestellt worden, von welchen 66 an Nichtsaarländer und davon 56 an Reichsdeutsche gegeben worden sind. 10 sind an Lothringer und unter diesen sind es 7, die aufgrund ihrer alten Grenzbeziehungen den Wandergewerbeschein erhielten.

Was die Frage der Beschickung der Märkte und Messen anlangt, hat Herr Abgeordneter Becker Klagen über eine allzustarke Überfremdung vorgebracht. Hierzu ist zu sagen, daß nach der Gewerbeordnung ein Verbot nicht möglich ist, im Gegenteil, diese Frage ist sogar in Verhandlungen über den kleinen Grenzverkehr seitens der deutschen Delegation unterstützt von den örtlichen Gemeinden genehmigt worden. Ich nehme Bezug auf den Wendelinusmarkt in St.Wendel,wo die Zulassung ausländischer Händler nicht beanstandet wurde. Das Grenzrecht-Protokoll trägt dieser Frage Rechnung und in Artikel 27 ist die Zulassung ausländischer Händler bestätigt.

Die Frage des Verbotes der Beschickung der Märkte im Saargebiet durch ausländische Händler ist das Verbot durch den Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe unter Verletzung der bestehenden Bestimmungen erfolgt. Es ist klar, daß die vorgesetzte Stelle eine Verfügung, die nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang steht, nicht bestehen lassen kann. Im übrigen sind die Repressalien-Maßnahmen aufgehoben, saarländische Händler sind auch in Frankreich zugelassen.

Was die Legitimationskarte anbelangt, so ist es nicht richtig,wenn gesagt wird,die Regierungskommission hätte garnichts in dieser Sache getan. Sie führt seit längerer Zeit Verhandlungen mit dem gleichen Ziele, die Verhandlungen sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen.

Was die Ausführungen über die Herabsetzung der indirekten Steuern anbelangt, so habe ich in der Kommissionssitzung schon mitgeteilt, daß ich die Anfragen über die Zollabgaben und den Ertrag der Luxussteuer für Automobile weitergeleitet habe und aus rein technischen Gründen konnte die Beantwortung dieser Fragen nicht fertiggestellt werden.

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Wir haben als Kommunistische Fraktion zu der Vorlage betr.

Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen,

die Erklärung abzugeben, daß wir dieser Vorlage unsere Zustimmung nicht geben können, wenn wir berücksichtigen, daß durch diese Vorlage die Armsten der Armen betroffen werden. Wir können feststellen, daß sich die Wandergewerbetreibenden zusammensetzen aus Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen. In Anbetracht der besonderen Art dieses Gewerbezweiges gilt diese Steuer als Ersatz für die Gewerbesteuer. War schon die Wandergewerbesteuer in der bisherigen Höhe eine nicht tragbare Belastung ebengenannter Gewerbetreibender, so kann es nicht angehen, den Tarif noch zu erhöhen. Wir haben ein Beispiel zu verzeichnen, daß man einem Manne, der mit Apfelsinen handelt, 50 000.-Franken für die Umsatzbesteuerung zugrunde legt, und 1,6 % von 50 000.-Franken = 800.-Franken als Umsatzsteuer verlangt. Weitere Beispiele dieser Art sind genügend vorhanden. Wir sind der Auffassung, daß der Landesrat diese Vorlage nicht annehmen kann, da den Leuten die Existenz genommen wird. Ich gebe daher zu der Vorlage folgende

E r k l ä r u n g

ab:

"Diejenigen Volkskreise, welche durch die vorgesehene Besteuerung getroffen werden, rekrutieren sich größtenteils aus den untersten Bevölkerungsschichten. Die Zunahme der starken Erwerbslosigkeit zwang vielfach arbeitslose Arbeiter, sich nach einer neuen Existenz umzusehen. Diese Möglichkeit fanden sie zum Teil darin, indem sie mit den verschiedensten Waren im Lande handelnd umherziehen. Der Entwurf zählt diese Leute zu dem umherziehenden Gewerbe. Die in dem Entwurf vorgesehene Besteuerung trifft also lediglich unterste Bevölkerungskreise. Es ist auch unzutreffend, daß die Verbraucherkreise eine Besteuerung ausdrücklich wünschen. Die Kommunistische Landesratsfraktion lehnt deshalb die Vorlage ab."

Ich möchte noch dazu folgendes feststellen. In der Vorlage der Regierungskommission kommt zum Ausdruck, daß die Erhöhung ein Wunsch von Verbraucherkreisen sei. Ein Wunsch der Verbraucherkreise kann es nicht sein, sondern es ist ein Wunsch der Regierungskommission, diese Steuer zu erhöhen.

Zu

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Zu der anderen Vorlage betr.

Herabsetzung indirekter Steuern,

haben wir in der Kommission die Erklärung abgegeben, daß wir für Erleichterungen sind. Nun ist aber in der Vorlage vorgesehen, daß der Ausfall durch die Herabsetzung der Steuer durch Zölle hereingeholt wird. Also mit der einen Hand gibt man und mit dem anderen Arm nimmt man es wieder. Wir können dieser Vorlage ebenfalls nicht zustimmen und geben folgende

E r k l ä r u n g

ab:

" Durch den Versailler Vertrag wurde das Saargebiet gegen den Willen der werktätigen Bevölkerung vom übrigen Reiche getrennt und im Jahre 1925 in die französische Zollunion eingegliedert. Das hatte zur Folge, daß durch die Einführung sogenannter Schutzzölle eine starke Belastung des Verbrauchs der breiten Massen eintrat.

Die Verordnung der Regierungskommission betr.

Herabsetzung der Steuer für Mineralöle

sieht vor, daß die Mindereinnahmen an Zöllen ausgeglichen werden soll. Die Herabsetzung, wie sie die Verordnung vorsieht, bedeutet daher faktisch keine Erleichterung. Da die Zölle, sowie alle Steuern indirekter Art, auf die Verbraucher abgewälzt werden und somit die Werktätigen stark belasten, lehnt die Kommunistische Fraktion die Vorlage der Regierungskommission ab und beantragt, die vollständige Beseitigung der Zölle, sowie alle das werktätige Volk belastenden und abwälzbaren Steuern."

Zu den vorgelegten Anträgen über

Erhöhung der Freigrenzen

können wir unsere Zustimmung geben. Wir werden aber unseren Antrag vor wie nach aufrechterhalten, daß die Lohn-und Gehaltssteuer beseitigt wird. Wir verlangen heute erneut die Beseitigung dieser Steuerart.

Auch zu dem Antrag auf

Abbau der Umsatzsteuer

geben wir unsere Zustimmung.

Auch

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Auch stimmen wir der

Einführung der Wertzuwachssteuer

zu, nur muß die Vorlage klarer definiert werden, nicht wie es in der Vergangenheit geschehen ist, daß auch der wirkliche Wertzuwachs erfaßt wird.

Dies ist die Stellungnahme, die die Kommunistische Fraktion einnimmt.

--

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Die Vorlage betreffend die Erhöhung der Steuern für das Gewerbe im Umherziehen d.h. das Wandergewerbe und das Hausiergewerbe, hat in den Händlerkreisen eine große Erregung entfacht. Es liegt ja auch eine Eingabe vor, die dem Landesrat zugeleitet worden ist. Ich kann es verstehen, daß gerade die Händler, die, wie gesagt, sich aus den ärmsten Kreisen der Bevölkerung zusammensetzen, gegen eine weitere steuerliche Belastung Stellung nehmen. Wir haben deshalb schon in der 1.Kommissionssitzung darauf hingewiesen, daß jedenfalls die kleinen Leute geschont werden müssen. Ich kann heute im Auftrage meiner Fraktion erklären, daß wir die Meinung vertreten, daß die Tarifziffern 1 bis 3c und 6 a in den alten Sätzen bestehen bleiben sollen. Unter diesen Ziffern sind hauptsächlich diese Händlerkreise, die kleinen Leute steuerlich erfaßt, und ich glaube, daß eine Erhöhung in dem Maße, wie sie auch das Zentrum vorschlägt, praktisch doch keine Bedeutung hätte. Ich nehme an, daß das Zentrum dann unserem Antrag zustimmen kann, weil damit ja in erster Linie diese Händler, die sich aus Sozialrentnern und sonstigen armen Leuten zusammensetzen,geschont sind. Bleiben die alten Sätze bestehen,dann ändert sich der Zentrumsvorschlag sehr minimal; wir werden dann in der weiteren Hinsicht dem Antrag des Zentrums zustimmen. Ich vertrete die Meinung,daß die Wanderlagergewerbe so besteuert werden können, wie es die Regierungsvorlage vorsieht, weil das meistenteils Großunternehmer sind, die irgendwo ein Wandergewerbelager aufstellen. In der Hinsicht stimmt meine Fraktion dem Vorschlage zu. Sie glaubt jedoch, daß die kleinen Leute geschont werden müssen. Wir betonen also, daß wir uns der Tendenz der Eingabe, die der Schutzverband saarländischer Händler an den Landesrat gerichtet hat, anschließen. Wir ersuchen aber auch die Regierungskommission, für diese Kreise keine Steuererhöhung durchzuführen, weil nach unserem Dafürhalten diese Kreise schon steuerlich stark genug erfaßt werden. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Becker an, der ja auch die in dieser Eingabe mitbehandelte Frage angeschnitten hat,daß gerade die Ausländer das Saargebiet mit ihren Waren überfluten. Ich bin erstaunt über die Zahlen des Herrn Staatskommissars. Ob sie stimmen,weiß ich nicht. Ich kann aus meiner Praxis erzählen, daß manchmal meine Frau mir erzählte, daß in einem Monat 10 Nichtsaarländer ihr ins Zimmer kommen und dies und jenes anbieten, Polen, Rumänen,Lothringer,Franzosen usw. Es kann kaum stimmen, daß nur 10 Lothringer die Zulassung haben sollen. Jedenfalls besteht die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Möglichkeit, daß noch ein großer Teil im Saargebiet herumreist, der überhaupt keine Zulassung hat, der einfach wild handelt. Dagegen muß sich natürlich der saarländische Händlerverband und wir als Vertreter des Saarvolkes mit ihm wehren.

Ich möchte dann zu der anderen Vorlage erklären, daß wir der Vorlage auf Herabsetzung der indirekten Steuern zustimmen. Ich kann die Meinung der Kommunisten nicht verstehen, die die Vorlage ablehnen. Durch die Ablehnung der Vorlage wäre es also so, daß die indirekte Steuer durch die Erhöhung der Zölle in ihrer jetzigen Höhe beibehalten bleibt. Sie stimmen also hier für eine sehr starke indirekte Besteuerung, wonach sie nach ihrer grundsätzlichen Parteiauffassung doch dagegen sein müßten. Wir stimmen der Vorlage zu, wir bedauern nur, daß die Erhöhung der Zölle einfach geschieht, ohne daß wir einen Einfluß darauf haben. Wir sind bekanntlich gegen jede Zollpolitik. Aber es kann nicht angehen, daß Frankreich einfach Zölle erhebt, wir ermäßigen dann die Steuer in der Weise, wie der Zoll erhöht worden ist. Der ganze Ausfall wird aber nicht gedeckt, denn nachdem was man vernimmt, sollen 20 bis 30 % der Zölle für Erhebungskosten in Frage kommen, sodaß wohl die Zollerhöhung den Steuerabbau deckt. Aber das Saargebiet selber wird den Anteil nicht mehr bekommen, den es früher hatte. Deshalb schließe ich mich auch der Tendenz des Herrn Becker an, daß die Saarregierung mehr wie je darauf achten muß, daß das Saagebiet seinen Zollanteil richtig erhält, der ihm von Frankreich zusteht. Wir vertreten die Auffassung, daß die Regierungskommission das Geld, das sie braucht, doch nimmt. Wir haben das schon öfter erlebt. Wir haben Anträge gestellt und Beschlüsse gefaßt, die Regierungskommission hat ihnen nicht entsprochen. Sie braucht einfach so viel Geld, um ihre Ausgaben zu bestreiten, und weil sie dieses Geld braucht, nimmt sie es dort, wo es am leichtesten eingetrieben werden kann. Deshalb ist auch die steuerliche Belastung besonders für die minderbemittelte Bevölkerung an der Saar so stark. Dagegen haben wir immer Einspruch erhoben. Deshalb versuchen wir, daß der Besitz etwas mehr einbringt und mehr belastet wird, damit die nichtbesitzenden Kreise geschont werden.

Herr Becker führte dann aus, daß er unserem Antrag in der Einkommen- und Umsatzsteuer zustimme. Zur Vermögenssteuer hätte er seinerzeit den Antrag eingebracht, wir hätten natürlich das Gegenteil geschrieben. Ich glaube, er irrt sich da etwas, ich will sein Gedächtnis etwas auffrischen. Seinerzeit ist die Besteuerung der juristischen Personen zur Vermögenssteuer beantragt worden. Das Zentrum hatte doch

erklärt.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 1

erklärt, daß nur die juristischen Personen oder die Teilhaber an einer Aktiengesellschaft, soweit sie außerhalb des Saargebietes wohnen, zu dieser Steuer herangezogen werden sollen. Die Besteuerung der juristischen Personen haben Sie zugegeben, aber sie sollte praktisch nur für die Ausländer eintreten. Das haben wir ausdrücklich auch immer im Wahlkampf betont, daß es so ist und nicht anders. Aber jeder weiß, daß die Regierungskommission keine Ausnahme für die Ausländer in diesem Falle macht. Die juristischen Personen hätten allgemein steuerlich erfaßt werden müssen. Das wollte das Zentrum damals nicht und wollten auch die anderen bürgerlichen Parteien nicht. Deshalb war auch unsere Einstellung anders, als wir allgemein diese Besteuerung verlangten, wie sie auch im Reich durchgeführt ist.

Es wird erklärt, daß für die

Einführung der Wertzuwachssteuer

die Zeit noch nicht da sei. Ich bin der Meinung, daß die Zeit ganz gut da ist. Man hätte überhaupt die Aufhebung nicht beschließen dürfen. Ich bin erstaunt darüber, weil heute die Kommunisten kommen und stimmen der Einführung zu, wo sie seinerzeit der Aufhebung zugestimmt haben. Hätte man damals die Vorlage abgeändert, daß der Ein-und Verkaufspreis sowie die Aufwendungen auf der Goldmarkbasis zu errechnen sind, dann wäre die Steuer als eine gerechte Steuer anzusehen. Demgemäß hätte man die Beibehaltung der Steuer beschließen sollen. Die Steuer bedeutet eine Einnahme der Kommunen. Dasselbe ist der Fall bei der

Gewerbesteuer,

und auch da bin ich erstaunt, daß Herr Becker erklärt; ja wir stimmen dann zu oder wir stimmen erst dann zu, wenn das ganze Steuersystem an der Saar geändert und dem Reichssteuersystem angepaßt wird. Ich erinnere daran, daß in Preußen das Gewerbesteuersystem beibehalten wurde, das wir ja auch früher hatten. Wir hatten die Besteuerung nach Maßgabe der gezahlten Löhne und Gehälter früher auch. Sie ist nur im Herbst 1923 unter Zustimmung der Mehrheit des Landesrates damals geändert worden. Ich glaube, daß wir auch heute wieder die Gelegenheit wahrnehmen müssen, auf die starke steuerliche Belastung der Saarbevölkerung hinzuweisen. Wir haben bei jeder Steuerreform, wo eine Erhöhung des Existenzminimums in Frage kam, gehört, daß ein gewaltiger Steuerausfall eintreten würde. Wir stellen aber im Haushalt des Saargebietes fest, daß auch die Einnahmen aus der Einkommensteuer sich von Jahr zu Jahr

erhöht

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 2 A4

erhöht haben. Mithin ist kein Ausfall entstanden, und da die Lage der Arbeiterschaft an der Saar trostlos geworden ist, ist neben einer angemessenen Lohnerhöhung auch ein angemessener Abbau der Steuer notwendig. Das kann nur dann geschehen, wenn man das Existenzminimum in der Einkommensteuer angemessen erhöht. Die Erhöhung muß nach meinem Dafürhalten auch schon deshalb Platz greifen, weil nach der jetzigen Freigrenze fast alle Sozialrentner wieder steuerlich erfaßt werden. Es geht aber nicht an, daß die Regierungskommission die Einnahmen der Sozialrentner noch steuerlich erfaßt, die deshalb vielleicht etwas erhöht worden sind, weil das Reich jährlich 60 bis 70 Millionen Franken zu Gunsten dieser Kreise an die Saar steckt. Ich würde es für unloyal halten, wenn die Regierungskommission da in dieser Weise nicht nachgibt. Es kann deshalb nicht angehen, daß die Regierung dieses System beibehält. Es muß unbedingt eine Struktur durchgeführt werden, die sich dem Reichsverhältnis anpaßt. In den Anträgen haben wir die Sachlage näher begründet, ich versage es mir deshalb, noch darüber Ausführungen zu machen. Aber jedenfalls ist es notwendig, daß nicht nur allein der Landesrat diese Erleichterung annimmt, sondern daß auch die Regierungskommission dem Antrage entspricht. Das wünsche ich zum Schluß, und ich glaube, darauf hinweisen zu sollen, daß es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierungskommission ist, in der jetzigen Situation alles dafür einzusetzen, daß eine angemessene Lohnerhöhung Platz greift, daß sie ihre Staatsbediensteten selber, auch soweit die Arbeiterschaft infrage kommt, angemessen bezahlt, daß sie aber auch ihre Machtmittel einsetzt, daß in der übrigen Industrie das geschieht, was unbedingt geschehen muß. So kann es mit der ungeheueren steuerlichen Belastung und den schlechten Löhnen nicht weitergehen. Das Lebensniveau der Arbeiterschaft an der Saar wird von Jahr zu Jahr schlechter, sodaß da unbedingt etwas geschehen muß. Ich erwarte, daß Herr Koßmann als Vertreter der Saarländer etwas schärfer an diese Frage herantritt. Ich erwarte aber auch, daß der neue Herr, der in das Saargebiet kam, sich mehr diesen Fragen widmet, damit endlich an der Saar ein anderer Zustand Platz greift!

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Meine Herren! Zu der

Wandergewerbesteuer

hätte ich gewünscht, daß die Sozialdemokratische Fraktion ihre Abänderungsvorschläge in der Kommission eingebracht hätte. Es sind immerhin Dinge, die man sich vorher ernstlich überlegen muß. Wenn sie so aus dem Stegreif kommen, ist es unmöglich, sich die Auswirkungen sofort klar zu machen. Wir haben kein Interesse daran und wünschen nicht, daß den kleinen Leuten, die sich mit dem Hausierhandel ernähren, das Leben sauer gemacht wird. Trotzdem dürfen wir nicht verkennen, daß der Hausierhandel dem Handwerk und dem Handel, besonders auf dem Lande , außerordentlichen Schaden zufügt. In der Stadt wird das nicht so bemerkt. Die Gewerbekreise leiden besonders unter dem wilden Hausierhandel. Ich möchte daher vorschlagen, daß wir die vorgeschlagenen Sätze festsetzen und in der Kommission zu den Abänderungsvorschlägen Stellung nehmen. Ich glaube, der Zentrumsfraktion geht es ebenso. Hätte man die Vorschläge in der Kommission eingebracht, es wäre ein Leichtes gewesen, sich zu überlegen, wie sich das auswirkt. Ich möchte diesen Vorschlag machen, um Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Zahlen, die uns der Herr Staatskommissar gegeben hat über den Hausierhandel, mögen richtig sein. Ich bezweifle nicht, daß das Material, das ihm zur Verfügung gestellt wird, richtig aufgestellt wird. Aber Sie wissen ja, daß man mit der Statistik alles machen kann. Wenn der Händlerverband schreibt, daß das ganze Gebiet von ausländischen Hausiern geradezu überschwemmt wird, und zwar von Hausieren, von denen der größte Teil keinen Wandergewerbeschein besitzt, die also auch keine Steuern zahlen, so gibt das doch ein anderes Bild. Es wird wohl schon so sein, daß eine Kontrolle seitens der Landjäger oder der Polizei nicht stattfindet, sodaß die fremden Elemente das Saargebiet unbehindert bereisen können. Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit ? Die Herren Becker und Hoffmann haben es schon hervorgehoben. Die fremden Hausierer kommen über die nahe Grenze und können hier ungestört ihrem Gewerbe nachgehen. Die Polizeibeamten brauchen sie nicht sehr zu fürchten. Diese sind sehr leicht geneigt, einen Franzosen nicht so anzufassen, wie einen Saarländer. Um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, die sie mit ihrer Behörde haben könnten, sind sie sehr leicht geneigt, nicht nur ein sondern auch zwei Augen zuzudrücken. Und daher kommen die niedrigen Zahlen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Bei der Gelegenheit möchte ich auch hervorheben, daß der Zustand immer noch besteht, daß jeder, der nach Frankreich oder Lothringen einreisen will, eine Bescheinigung braucht. Von der anderen Seite kommt jeder ohne irgendeinen Ausweis in das Saargebiet herein. Wenn der Herr Staatskommissar sagt, es schweben Verhandlungen darüber, daß die Bescheinigungen wegfallen, dann muß ich sagen, daß die Verhandlungen doch schon außerordentlich lange dauern. Schon über 8 Jahre kommen die Ausländer herein ohne Paß und über 8 Jahre werden wir mit diesem Instrument der Paßkontrolle schikaniert. Es wäre doch eine Leichtigkeit, die Verhandlungen endlich zum Abschluß zu bringen und die Paßkontrolle aufzuheben.

Dann zu der

Brennstoffsteuer.

Herr Becker hat ausgeführt, was wir in der Kommission vorgebracht haben. Unsere Fraktion stimmt der Steuerermäßigung zu. Ich möchte jedoch stark unterstreichen, daß die Steuer nicht rückwirkend gehandhabt wird. Es ist so, wie ich ausführte, die Vorteile davon kommen dem Großhandel zugute. Denn der Verbraucher hat die Steuer bis jetzt restlos bezahlt. Heute wird das Benzin noch mit 2.20 Frs. bezahlt. Der Verbraucher hat es bezahlt. Wenn das Gesetz rückwirkend in Kraft kommen sollte, fällt der Vorteil nur dem Großhändler zu. Man wird den Verdacht nicht los, daß die Leute hier - ich will nicht sagen, die Regierungskommission- sich haben vergegenwärtigen müssen, wie sich das auswirkt. Daß sie das wegen den schönen Augen der Großhändler getan haben, glaube ich nicht. Ich möchte einen weiteren Verdacht nicht aussprechen. Wenn die Regierungskommission trotzdem dazu kommen sollte, die Ermäßigung rückwirkend in Kraft zu setzen, dann werden wir nachforschen, in welche Kanäle das Geld fließt, das unseren Taschen entzogen wird. Daß die Zollbehörden ihr Verfahren abändern müssen, hat Herr Becker schon ausgeführt. Es wird mir gesagt- ich kann die Richtigkeit im Augenblick nicht nachprüfen-, daß Frankreich an Erhebungskosten einzieht 25 % und daß hier aber die Sache gemacht wird mit 5 %. Die 20 % sind also ein Plus, das irgendwo hinfließt.

Die Automobilluxussteuer hat Herr Becker ebenfalls behandelt. Es wird Zeit, daß diese Automobilluxussteuer abgebaut wird. In Deutschland ist sie beseitigt. Wenn uns gesagt wird, wir bekämen 6 % für französische Automobile, so ist das der Zahl nach richtig, aber welche Erträge damit ins Saargebiet kommen, hat die Regierungskommission bis jetzt noch nicht gesagt. Nach meiner Information waren es im vergangenen Jahre nur 12 Stück, für die die Steuer abgeführt wurde. Daß das nicht stimmt, ist klar. Sie schütteln den Kopf, Herr Staatskommissar.

Dr.Heim

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Staatskommissar Dr. Heim: Ich muß bezweifeln, daß im Jahre 1927 nur für 12 Autos die Automobilsteuer bezahlt worden sein soll. Ich nehme es mit allem Vorbehalt zur Kenntnis und werde nachforschen, ob die Zahlen stimmen.

Abg. Schmelzer (DSV): Es ist sehr bezeichnend, daß, wenn im Saargebiet ein Mißstand aufgedeckt werden soll, sich immer jemand findet, der es zu verhindern sucht.

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Bitte, Herr Schmelzer, beleidigen Sie doch den Herrn Staatskommissar nicht.

Abg. Schmelzer(DSV): Ich behaupte, daß die Auto-Luxussteuer gleich Null ist, wenn man die Erhebungskosten in Abzug bringt. Diese hat nur den Zweck, die deutschen Automobile vom saarländischen Markt fernzuhalten, um den französischen einen Vorzug zu gewähren. Die deutschen Automobile werden mit 45 % Zoll belastet, dazu kommt noch die Luxussteuer und somit wird dem französischen Automobilhandel eine Vorzugsstellung eingeräumt. Der französische Handel weiß zu genau, daß, wenn die Dinge in etwa geändert würden, die deutschen Wagen den Vorzug hätten.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Was den Antrag der Sozialdemokraten anbelangt, stimmen wir zu, doch möchte ich bitten, daß man sich über die Sätze in einer Kommissionssitzung einigt, da man dies im Plenum nicht gut machen kann.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker!

Abg. Becker (Z): Der Herr Abgeordnete Daub hat erwähnt, daß durch die Erhöhung der Sätze die Ärmsten der Armen betroffen werden. Das ist nicht so schlimm, da die Ärmsten der Armen ihren Gewerbeschein von der Gemeinde bezahlt bekommen.

Zu dem Abänderungsvorschlag der Sozialdemokraten zum Tarif möchte ich erwähnen, daß er sich sehr wenig von unserem Vorschlag unterscheidet. So haben wir als untersten Satz 12.-Frs., die Sozialdemokraten nur 10.-Frs. vorgeschlagen. Ich weiß nicht, ob es sich durch diese kleine Abweichung gelohnt hat, einen neuen Vorschlag einzureichen. Ich möchte der Meinung Ausdruck verleihen, daß wir es bei unserem Vorschlag belassen, denn wenn der Satz für den Einzelnen zu hoch ist, wird er von der Gemeinde getragen; es ist doch so, wenn einer 10.-Frs. aufbringt, bringt er auch 12.-Frs. auf.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Ich stimme den Vorlagen in vollem Umfange zu und schließe mich den Ausführungen des Herrn Becker an.
Nur einige Worte möchte ich noch sagen zu dem Antrag betr.

Antrag betr. Vollgummibereifung für Automobile,

den ich in der Kommission gestellt habe. Die Stadt Saarbrücken hat an die Regierung den Antrag gestellt, die Vollgummibereifung für Automobile auf dem Wege einer Verordnung zu verbieten. Die Regierungskommission hat aber den Antrag abschlägig beschieden mit der Begründung, daß das Saargebiet für eine solche Regelung zu klein sei. Solange Frankreich und Deutschland keine ähnlichen Verordnungen erlassen hätten, könne das Saargebiet nicht allein vorgehen. Im Reich ist aber inzwischen eine Verordnung erlassen, wonach Vollgummibereifung nicht mehr neu zugelassen und ab 1.April 1929 verboten wird. Es wird also höchste Zeit,daß die Regierungskommission etwas tut, denn die Vollgummibereifung ruiniert die Straßen, für welche namentlich Saarbrücken viel Geld geopfert hat. Ich bitte den Herrn Staatskommissar, für den Antrag eintreten zu wollen.
Was die Anträge der Sozialdemokraten betrifft, so sind wir Gegner der

Wertzuwachssteuer.

Wir sind der Ansicht, daß man nicht ein unverdienter Wertzuwachs als Grundlage einer Sondersteuer auf den Grund-und Boden einführen soll, dagegen alle anderen ähnlichen Umsätze freiläßt. Ich erinnere an die Börsenspekulation, die nicht besteuert wird. Solange die Wertzuwachssteuer nicht allgemein wird, lehnen wir sie ab,da sie dann nur eine Besteuerung des Grundstückshandels ist.
Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Anträge verspätet eingelaufen sind. Es wäre besser gewesen, wenn man in der Kommission dazu Stellung genommen hätte und da stimme ich mit Herrn Schmelzer überein, die Anträge in die Kommission zu verweisen. Hier im Plenum kann nicht in Bausch und Bogen zu diesen wichtigen Fragen Stellung genommen werden.

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Wort-meldungen liegen nicht mehr vor . Wir kommen dann zur Abstimmung.

Zur Vorlage betr.:

Herabsetzung indirekter Steuern

herrschte in der Kommission Übereinstimmung mit Ausnahme der Kommunisten, die eine Erklärung zu der Vorlage abgegeben haben. Die Vorlage ist somit verabschiedet.-

Zur Vorlage betr.:

Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen,

liegt ein Antrag des Zentrums und der Sozialdemokratischen Fraktion vor.

Wir stimmen darüber ab. Wer für den Antrag des Zentrums ist, möge die Hand erheben.- Ich stelle fest, daß Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen sind, die anderen Parteien stimmen dafür.

Der Antrag lautet:

"Die Sätze des Tarifs sind zu ändern wie folgt:

Pos.	1		statt	20.-	Frs.	=	12.-	Frs.
"	2		"	24.-	"	=	16.-	"
"	3a		"	70.-	"	=	36.-	"
"	3b		"	220.-	"	=	120.-	"
"	3c		"	180.-	"	=	120.-	"
"	4		"	250.-	"	=	240.-	"
"	5a		"	300.-	"	=	360.-	"
"	5b		"	150.-	"	=	96.-	"
"	6a		"	24.-	"	=	16.-	"
"	6b		"	70.-	"	=	36.-	"
"	7a		"	120.-	"	=	72.-	"
"	7	b 1	"	150.-	"	=	72.-	"
"	7	b 2	"	200.-	"	=	72.-	"
"	7	c	"	150.-	"	=	72.-	"
"	7	d	"	150.-	"	=	72.-	"
"	7	e	"	240.-	"	=	160.-	"
"	7	f	"	240.-	"	=	160.-	"
"	7	g	"	240.-	"	=	160.-	"
"	7	h	"	240.-	"	=	160.-	"
"	7	i	"	300.-	"	=	160.-	"

Der Antrag der Sozialdemokraten lautet:

" Die Sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Zentrumsantrag zu mit der Maßgabe, daß die Tarifziffer 1 bis 3 c und 6 a des Zentrumsantrages dahin geändert werden, daß die alten Sätze bestehen bleiben."

Wer

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Wer für den Antrag ist, möge die Hand erheben.- Ich stelle fest, daß der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt ist.-

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Der Herr Schmoll sagt, die Anträge seien nicht angekündigt gewesen. Die Herren in der Fraktionsführerbesprechung waren damit einverstanden, daß die Anträge vorgebracht und beraten werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Anträge zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender: Die Auffassung in der Besprechung war die, daß es sich um allgemeine Anträge handelt. Vielleicht stellen wir die Anträge bis zur nächsten Plenarsitzung zurück.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Wenn die Tendenz des Antrages angenommen wird, so können Sie auch die Zahlen annehmen. Die Zahlen stehen in der Begründung und diese ist die Meinung der Sozialdemokratischen Partei.

Vorsitzender: Dann kommen die beiden Anträge zur Abstimmung. Wer dafür ist, möge die Hand erheben.- Ich stelle fest, daß die Anträge abgelehnt sind.

Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung betr.:

<u>Abänderung der Verordnung über die Schonzeiten des Wildes.</u>

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Schmoll !

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Die Verordnung betr.

<u>die Schonzeiten des Wildes,</u>

hat die 4.Kommission in 2 Sitzungen beschäftigt. Die Vorlage will die verlängerten Schonzeiten, wie sie bisher bestanden haben, beibehalten mit der Einschränkung, daß für Rehböcke und für Hasen die Schonzeit etwas verkürzt und für Fasanen die Schonzeit etwas verlängert wird. Neu ist in der Verordnung dann noch, daß Schalenwild nur mit der Kugel geschossen werden soll. Im übrigen ist die Verordnung bis 31. Mai 1930 befristet.

Der Verordnung lagen 2 Denkschriften vor, einmal die Denkschrift des Verbandes saarländischer Jägervereine Saarbrücken, und zum anderen eine Denkschrift des Saarjägervereins Sitz Saarbrücken, gegründet 1907. Die Denkschriften decken sich nicht ganz. Der Saarjägerverein verlangt einen früheren Abschußtermin für Rehböcke und auch einen etwas anderen Termin für die Fasanenjagd.

Die Kommission hat einstimmig dem Regierungsentwurf zugestimmt, den auch der Verband saarländischer Jägervereine vertritt. Wir haben dann nochmals in einer Nachbesprechung beschlossen, um auch dem Saarjägerverein gerecht zu werden, der Regierungskommission zu empfehlen, noch folgenden Zusatz zu machen:

> " Die Abteilung für Forsten ist berechtigt, den Abschuß einzelner Rehböcke, die sich nicht zur Nachzucht eignen, auf Antrag der Jagdpächter freizugeben."

Ich empfehle dem Landesrat entsprechend dem Kommissionsbeschluß die Annahme des Entwurfes, wie ihn die Regierungskommission vorgelegt hat, mit diesem Zusatz.

<u>Vorsitzender:</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg. Lieser (SP): Meine Herren! Die Absicht der Regierungskommission geht, wie ihre Begründung ausweist, dahin, den Wildbestand zu erhöhen, den Wildbestand in die Höhe zu bringen, wie er vielleicht in der Vorkriegszeit gewesen ist. Man kann dem zustimmen, weil ein erhöhter Wildbestand nicht nur allein im Interesse der Pächter liegt, sondern er liegt auch im Interesse der Gemeinden, die in der Hauptsache ländliche Gemeinden sind, indem sie dafür einen erhöhten Pachtvertrag erzielen können. Man muß aber dafür sorgen, daß der Wildbestand nicht überhand nimmt, damit die einzelnen ländlichen Gemeinden nicht auf der anderen Seite wieder dazu verurteilt werden, durch das Überhandnehmen des Wildes an Wildschäden wieder das hinauszuzahlen, was die Pacht hereinbringt. Die alte Erfahrung lehrt nämlich, daß dann der Leidtragende der kleine Landwirt oder der Arbeiter ist, der nebenbei ein kleines Ackerland besitzt. Diese Leute sind dann die Geschädigten, weil die Gemeinden meist nicht das zahlen können, was an Schaden anfällt.

Nun sind die einzelnen interessierten Jägervereine nicht ganz einig. Die Regierungskommission hat jedenfalls Rücksicht genommen und hat die Schonzeit der Böcke vom 1. August bis 15. Juli verkürzt. Herr Schmoll will noch entgegenkommender sein, indem er sagt, daß dem Saarjägerverein die Erlaubnis gegeben werden soll, kranke Böcke abzuschießen. Auch dem können wir zustimmen. Aber es muß darauf gesehen werden, daß das tatsächlich geschieht.

- Lachen -

Wenn die Jäger die gesunden Böcke wegschießen, dann haben wir im Landesrat den größten Bock geschossen, indem wir die Gelegenheit dazu geboten haben. Ich meine aber, man kann dem zustimmen.

Ich möchte aber noch eine andere Frage anschneiden - da der Herr Staatskommissar noch anwesend ist -. Sie hängt nicht gerade unmittelbar mit der Schonung des Wildes zu sammen, hat aber vielleicht doch mit der Schonung des Waldes zu tun . Bei uns im pfälzischen Gebiet kennt man das eigentlich in der Praxis nicht, daß Waldwege für die Menschen verboten werden. Aber anschließend an unser Grenzgebiet in dem Bann Neunkirchen sehen wir, daß Waldwege für die Menschen verboten werden. Das hängt vielleicht indirekt mit dem Wildschutz zusammen, daß das Wild geschont wird, aber auf der anderen Seite dem Pfälzer Land gegenüber im Hochwald und Ziehwald sehen wir, daß die Wege nicht gesperrt sind. Wir sind der Auffassung, daß sie

<u>deswegen</u>

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

222

deswegen nicht gesperrt sind, weil die Förster dort eine Wirtschaft betreiben. Dort werden die Wege nicht gesperrt, und auf der pfälzischen Grenze im Bann Neunkirchen, wo keine Wirtschaft ist, werden sie gesperrt. Die Regierungskommission möge sich einmal darum kümmern, ob Waldwege deswegen gesperrt werden, weil, wie wir nur annehmen können, die Förster keine Wirtschaft dort haben.

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Eine kurze Bemerkung. Im Gegensatz zu meinem Vorredner muß ich zu meiner Schande gestehen, daß ich überhaupt nichts davon verstehe. Ich habe auch meine beiden Fraktionskollegen gefragt, die kennen diese „kapitalistische Sportbetätigung" garnicht.

(Hört, hört! - Lachen-)

Herr Röchling sagte mir, er sei sehr im Zweifel, ob Schalenwild ein Krebs ist oder etwas anderes.

(Lachen)

Aber wir haben uns, wie Herr Schmoll, durch Fachleute informieren lassen.

(Zuruf des Abg.Hoffmann! Das haben wir ja auch getan!)

Herr Lieser scheint ein guter Kenner zu sein!

(Zuruf des Abg.Lieser: Nur in den Pachtverträgen!)

(Ich bin überzeugt davon,wenn Sie Gelegenheit haben, gehen Sie sehr gern auf die Jagd).
Die einen sagen: man muß das Wild abschießen, die anderen: man muß das Wild schonen. Da scheint mir der Mittelweg zu sein, den Herr Schmoll vorgeschlagen hat, der sagt: laßt die Regierungsverordnung so und gebt uns die Gelegenheit,kranke Böcke, die den Nachwuchs schädigen, abzuschießen. Wir unterstützen diesen Antrag und bitten,ihm zuzustimmen.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Vorlage mit dem Zusatzantrag des Herrn Schmoll ist, möge die Hand erheben ?

Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Damit ist diese Vorlage verabschiedet.

Ich darf Ihnen vorschlagen, die Vorlage Nr. 4 betr.Abänderung der Gewerbeordnung in die Wirtschafts- und Soziale-Kommission, die Vorlage Nr.5 betr. Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28.Juli 1906 in die Rechts-und Kultus-Kommission , die Vorlage Nr. 6 betr. Einführung des 4.Gesetzes zur Änderung des Gesetzes vom 17.März 1928 betr. Verfahren in Versorgungssachen in die Wohlfahrtskommission, die Vorlage Nr. 7 betr. Verbot militärischer Übungen in die Rechtskommission zu verweisen.

Abg.Schmelzer

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schmelzer das Wort!

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Ich habe bei der Beratung des Punktes 1 der Tagesordnung betr. Wahl von 2 Vertretern für die Mietfestsetzungskommission eine Bemerkung gemacht, die irrtümlich aufgefaßt worden ist. Ich habe nicht daran gedacht und denke nicht daran, die geistige Qualifikation des Herrn Heckler zu bestreiten, sondern ich wollte mit meiner Bemerkung sagen, daß Herr Heckler nach seiner politischen Auffassung nach unserer Meinung nicht geeignet ist, in einer derartigen Kommission mitzuwirken, denn als Kommunist steht er da auf einem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt. Ich habe mich gewundert, daß das nicht so aufgefaßt worden ist.

(Zuruf des Abg.Petri: So haben Sie es aber gesagt!)

Vorsitzender: Damit ist der Zwischenfall erledigt.

(Zuruf des Abg.Daub: Wir haben den Ausnahmezustand vorläufig auf !)

Wir sind somit am Schluß der Tagesordnung angelangt und kommen nun zur Besprechung einiger außerhalb der Tagesordnung liegenden Fragen.

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gärtner!

Abg. Gärtner (Z): Meine Herren! Die Bedrängnis, in der sich eine ganze Reihe von Neubaubesitzern befindet, gibt mir Veranlassung, heute hier das Wort dazu zu nehmen. Wir haben uns bereits in der Sitzung am 5.Dezember 1927 ausführlich mit dieser Frage beschäftigt. Aber während der ganzen Zeit ist nichts geschehen und die Lage hat sich während der Zeit sehr zu Ungunsten der Hausbesitzer verschlechtert. Der Regierungskommission sind wiederholt Vorhaltungen gemacht worden, sie hätte der Förderung des Wohnungsbaues zu wenig Beachtung geschenkt. Ihre Maßnahmen betreffend die Bereitstellung von Baukapital wurden als gänzlich unzureichend bezeichnet, und es wird ihr vorgeworfen, sie habe bezüglich der dringend notwendigen Zinsverbilligung gänzlich versagt. Wenn man die Verhältnisse auf dem Gebiete des Bauwesens, der Geldbeschaffung, der Zinsgebarung, der Auf- und Entwertung, sowie der Mietpreisbildung im Saargebiet betrachtet, so kann man zu der Auffassung kommen, daß es eine Staatsordnung überhaupt nicht mehr gibt. Als Ganzes betrachtet sind die Verhältnisse zu kennzeichnen mit dem Ausdruck :" Ein wildes Durcheinander."

Aus allgemeinen Mitteln sind durch den Wohnungsbauverband Häuser erstellt worden, die den Bauenden 6 - 7000.- Franken kosteten. Der Besitzer zahlt 3 % Zinsen und tilgt mit 2 1/2 %, während aus öffentlichen Mitteln noch ein Teil der Amortisation getragen wird. Andere Häuser in ungefähr gleichem Ausmaß kosten 45 - 50 000.- Franken. Auch hier sind die Baugelder von der Regierung, d.h. durch den Wohnungsbauverband zur Verfügung gestellt worden. Die vorerwähnte Vergünstigung betreffend Zins- und Tilgungsbeihilfe hat in diesen Fällen jedoch nur Bezug auf einen kleinen Teil des Baukapitals, während der größte Betrag mit 9 % verzinst und Tilgungsbeihilfe nicht gegeben wird. Viele Mieter beschweren sich nun darüber, daß in den öffentlichen Mitteln erstellten Neubauten Mißbrauch mit der freien Mietpreisbildung getrieben wird und verlangen eine Überprüfung der Mietpreise. Eine Menge anderer Baudarlehen müssen generell mit 8 1/2 % und mehr verzinst werden und unterliegen außerdem noch der Entwertungsklausel. Bei den derzeitigen schlechten Löhnen und Einkommensverhältnissen werden zweifellos eine Anzahl Neubaubesitzer elend zugrunde gehen, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. Wenn z.B. das Darlehen aufgenommen wurde, als der Dollar zum Franken 1 - 18 stand, werden die zurückgezahlten Beträge fast ganz durch die berechnete Entwertung aufgesogen, und die Bauschuld verringert sich fast kaum.

Zum

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

Zum besseren Verständnis lassen Sie mich ein paar Beispiele vorbringen. Von einer Kasse sind folgende Darlehen gegeben worden: 29000 Franken im Jahre 1924 auf 1925. Es sind gezahlt worden von dem Darlehen Armortisation 9980 Franken. Die verbliebene Schuld ist noch 27 729 Franken. Ein noch krasserer Fall: Es sind 27000 Franken gegeben worden. Es sind gezahlt worden von dem Darlehen Amortisation 14139 Franken. Das Schuldkapital steht noch auf 23504 Franken. Ich habe eine Anzahl dieser Beispiele hier. Wenn Sie sich vorstellen,daß nun ein Arbeiter,Angestellter oder kleiner Beamter jährlich allein an Entwertung 16 bis 1700 Franken zurückbezahlen soll, dann ist die Frage berechtigt, wo sollen die Leute das Notwendigste zum Leben herholen. Und da fragen wir uns, soll das so weitergehen ? Sollen die wirklich notleidenden Neubaubesitzer umkommen ? Der Regierung sind die Dinge bekannt. Der Kreis Saarbrücken und die Stadt Saarbrücken haben durch Übernahme von Zinszuschüssen geholfen. Die Regierung aber sieht tatenlos zu, wie die Darlehensnehmer zusammenbrechen. Wenn man von den Gesamtleistungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Leistungen der Rheinischen Wohnungsfürsorge,der Landesversicherungsanstalt,des Saarknappschaftsvereins, der Kreise und Kommunen usw. absieht, dann bleibt für die Taten der Regierung nicht mehr viel übrig. Es sind bei den Kommunen und den Kreisverwaltungen bereits Vorstellungen erhoben worden. Die Kreisverwaltung und die Kreissparkassen erklären, sie könnten nichts machen,wenn nicht die Gesetze geändert werden. Es war immer unsere Auffassung, daß die Entwertungsklausel nur bei schwankender Währung Bedeutung hätte. Die Entwertung ist aber immer noch jedes Jahr für die Leute eine sehr schwere Belastung, weil der Tag der Hergabe des Darlehens oder wenigstens der Stand des Kurses maßgebend ist.

Die Zentrumsfraktion bringt folgenden

A n t r a g

ein:

"Bereits in der ersten Sitzung des Landesrates vom 3.Mai ds.Js. forderte die Zentrumsfraktion

eine weitschauende und soziale Wohnungspolitik unter Hinweis auf die von der Fraktion in dieser Frage schon wiederholt vorgelegten Gutachten, sowie Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Ermäßigung des Zinssatzes.

Wie verlautet, soll die Regierungskommission nunmehr bereit sein, Gelder als Baudarlehen zu erträglichen

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

227

erträglichem Zinsfuß bereit zu stellen. Angesichts der kaum noch durchführbaren Beschaffung von Baudarlehen und der nicht mehr zu erschwingenden Zinsen ersuchen wir die Regierungskommission, in diesem Sinne geplante Maßnahmen mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen, um damit der in Stadt und Land herrschenden Wohnungsnot zu steuern.

Sofern hierzu die Aufstellung eines förmlichen Wohnungsbauprogramms notwendig sein sollte, wolle die Erstellung eines solchen unverzüglich in Angriff genommen werden.

Ferner ersucht die Zentrumsfraktion die Regierungskommission, auf die Kreise, Bezirke und Gemeinden einzuwirken, daß auch diese in vollem Rahmen der gegebenen Möglichkeiten mit Eigenmitteln den Wohnungsbau zu fördern.

Bei dieser Gelegenheit fordert die Zentrumsfraktion zu wiederholten Malen:

Maßnahmen zur Erleichterung der schwierigen Lage, unter der Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft leiden; Zurverfügungstellung ausreichenden billigen Kredits zur Milderung der aus den zollpolitischen Verhältnissen sich ergebenden Folgen.

Vorsitzender:

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Palm !

Abg. Palm (Z): Meine Herren! In dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei über die Erhöhung der Löhne, der mir vorliegt, ist hingewiesen auf die Gehälter der Beamten. Ich muß hier feststellen, daß bisher noch keine Erhöhung der Beamtengehälter erfolgt ist, trotzdem die Regierungskommission schon dreiviertel Jahre über einem Entwurf brütet, der lediglich nur eine Abschrift der Besoldungsgesetze des Reiches ist. Ich meine, die Arbeit, die da von der Regierungskommission in Bezug auf die Gehaltsangleichung an das Reich zu leisten ist, ist verhältnismäßig so gering, daß sie in einer viel kürzeren Zeit hätte geschehen müssen, als es tatsächlich der Fall ist. Vor einigen Tagen wurde der Beamtenschaft nun der Besoldungsentwurf überreicht. Es ist festgestellt, daß er lediglich eine Abschrift der Besoldungsordnung des Reiches ist, wenn auch in verschiedenen Punkten noch Abänderungen von den Organisationen der Beamtenschaft verlangt werden müssen. Was wir in unserer ersten Landesratssitzung sagten, daß wir uns den Forderungen der Beamtenschaft und denen der Organisationen anschließen, das tun wir auch heute noch. Den Forderungen, die die Beamtenorganisationen in der Arbeitsgemeinschaft der Beamtenverbände gestellt haben, schließen wir uns an. Die Verschleppung der Neuregelung der Besoldungsordnung, die jetzt eingetreten ist, können wir nicht verstehen, und wir sind der Ansicht, daß lediglich für das Herausbringen des Umrechnungskurses eine viel kürzere Zeit hätte genügen müssen.

Weiterhin möchte ich noch eins herausgreifen, was ich den Regierungsvertreter bitte der Regierungskommission und zwar mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß wir mit einer derartigen Ortsklasseneinteilung nicht einverstanden sein können. Denn, wenn man uns hier eine Ortsklasseneinteilung von 1909 auf den Tisch legt, so ist das doch die Höhe. Zwanzig Jahre sind doch seitdem vergangen, und wie sehen die Dinge heute aus? Es ist eine Willkürlichkeit, die wir nicht verstehen können. Ich möchte den Regierungsvertreter bitten, der Regierungskommission unsere Meinung dahingehend zu sagen, daß wir unter allen Umständen fordern, daß die Ortsklasseneinteilung eine ganz andere wie in dem Entwurf vorgesehen, eine den Verhältnissen entsprechende werden muß.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Ich halte es für richtiger,wenn man nun zu der Angelegenheit, die der Herr Gärtner vorgebracht hat, noch gesprochen hätte.

Vorsitzender: Wie Sie es wünschen. Ich habe geglaubt, wir kommen am raschesten zum Ziel, wenn jede Fraktion ihre Anträge vorbringt und dazu Stellung nimmt.
Ich stelle fest,daß Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Becker das Wort!

Abg. Becker (Z): Meine Herren! Im Auftrage einiger Fraktionen, - ich weiß nicht, ob sie sich alle angeschlossen haben- habe ich einen Antrag zur Verlesung zu bringen betr. die Einführung der Kunze-Knorr-Bremse. Der Antrag lautet:

A n t r a g
==========

betr. Kunze- Knorr- Bremse .

"Es ist bekannt geworden, daß man sich bei der Eisenbahndirektion mit dem Gedanken trägt, eine automatische Bremse für den Güterzugverkehr einzuführen. Sollte dies tatsächlich der Fall sein,so möchten wir darauf aufmerksam machen,daß nach Lage der Sache nur die von den Reichsbahnen bereits eingeführte Kunze-Knorr-Bremse in Frage kommen darf. Diese Bremse ist bisher in Deutschland und Schweden zur Einführung gebracht worden. Mit der Einführung begriffen sind Holland, Ungarn und Jugoslawien. Die anderen automatischen Bremsen für den Güterzugverkehr sind noch in keinem Lande erprobt. Insbesondere ist auch die Westinghouse-Bremse noch in keinem Lande, selbst nicht in Frankreich, wo sie hergestellt wird, eingeführt. Erfahrungen liegen also nur bei der Kunze-Knorr-Bremse vor,während bei allen anderen Bremsen das nicht der Fall ist. Die Kunze-Knorr-Bremse kommt aber schon deshalb in Frage, weil - wie schon erwähnt- die deutsche Reichsbahn diese Bremse eingeführt hat. Die Saarbahnen gehören aber dem deutschen Reiche und werden spätestens im Jahre 1935 an Deutschland zurückfallen. Darum ist aus Gründen der Sicherheit und Einheitlichkeit im Saargebiet die gleiche Bremse einzuführen, wie im übrigen Deutschland.

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wilhelm!

Abg. Wilhelm(Z): Meine Herren! In Vertretung meines Kollegen Martin habe ich folgenden

A n t r a g

einzubringen:

" Der Landesrat bittet die Regierungskommission um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend Änderung des Volksschulunterhaltungsgesetzes vom 28.Juni 1906 und der durch Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 9.März 1921 erfolgten Abänderung des § 60,Abs.2 durch Übernahme des § 51 des Volksschullehrerdiensteinkommensgesetzes vom 17.Dezember 1920 bezw. 1.Januar 1925 und die dadurch bedingten Änderungen der §§ 58 ff. betr. Wahl der Lehrkräfte.

Der Zweck ist die Beseitigung der heute unhaltbar gewordenen Schulleiterwahl im Saargebiet und die Übernahme der preußischen Bestimmungen ohne Abänderung."

Vorsitzender: Weitere Anträge des Zentrums liegen nicht vor.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KP): Meine Herren! Die Kommunistische Fraktion bringt folgenden

A n t r a g

an die Regierungskommission ein:

"Die Regierungskommission des Saargebietes treibt im Verein mit dem deutsch-französischen Unternehmertum und der französischen Grubenverwaltung eine Lohn-und Gehaltspolitik, die jeder Beschreibung spottet.

Im Frühjahr vergangenen Jahres hat die Regierungskommission mit den Unternehmern und der französischen Grubenverwaltung eine wesentliche Herabsetzung der Löhne und Gehälter durchgeführt.

Die Not und das Elend der werktätigen Bevölkerung und der Mittelständler ist weiter gestiegen. Die Gewerkschaften haben seit längerer Zeit von der Regierungskommission sowie von den Unternehmern und der französischen Grubenverwaltung eine Erhöhung der Löhne und Gehälter gefordert.

Die Regierungskommission,sowie das deutsch-französische Unternehmertum einschließlich der französischen Grubenverwaltung hat es aber bis zur jetzigen Stunde strikte abgelehnt,den nur allzuberechtigten Forderungen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen, obwohl in der Metallindustrie

bereits

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

bereits in diesem Jahre eine zweimalige Eisenpreiserhöhung vorgenommen wurde. Die Produktion im Bergbau sowie in der Industrie wurde wesentlich gesteigert; so betrug z.B. die Rohstahlproduktion im Mai 1927 160013 t und im März 1928-182410 t, das sind rund 22400 t mehr im Monat.

Die Kommunistische Landesratsfraktion verlangt daher von der Regierungskommission, daß an alle Arbeiter, Angestellte und Beamte bis zur Gruppe 13, die im Staatsdienst beschäftigt sind, von dem Tage an, an dem die Gewerkschaften die Forderungen eingereicht haben, die Löhne und Gehälter um soviel erhöht werden, damit es endlich den Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten ermöglicht wird, ein menschenwürdiges - Dasein fristen zu können.

Ferner wird verlangt, daß alle Besoldungsgruppen unter V beseitigt werden; eine entsprechende Umgruppierung ist daher vorzunehmen.

Die Kommunistische Landesratsfraktion verlangt aber nicht nur eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für die im Staatsdienst Beschäftigten, sondern sie verlangt auch gleichzeitig eine wesentliche Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle in der Privatindustrie und bei der französischen Grubenverwaltung beschäftigten Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten.

Der Landesrat unterstützt daher die von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen auf eine wesentliche Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Dazu sei zu bemerken: Sie wissen, daß im Frühjahr vorigen Jahres der Lohnabbau vollzogen worden ist und daß bei einzelnen Gruppen wieder eine geringfügige Lohnerhöhung Platz gegriffen hat. In der Metallindustrie ist eine zweimalige Eisenpreiserhöhung eingetreten, sodaß im Durchschnitt die Tonne Eisen um mindestens 5.-M erhöht worden ist. Die Industriellen behaupten aber, daß sie zusetzen müßten. In einem Flugblatt, das die Unternehmer herausgegeben haben, steht geschrieben, daß in diesem Jahre der Erlös geringer sei als im vorigen Jahre. Das Neunkircher Eisenwerk hat ein Flugblatt herausgegeben, das sich im wesentlichen mit dem anderen Flugblatt, das vom gesamten Arbeitgeber-Verband herausgegeben wurde, deckt. In dem Flugblatt wird behauptet, daß das Neunkircher Eisenwerk seit Frühjahr ds.Js. mit Verlust arbeiten würde, so wie auch Röchling im Jahre 1924 „zugesetzt" hat. Als aber die Aussperrung vorüber war, erhielten die Herren Direktoren bis zu 50 000.-Franken Gratifikationen.

(Zuruf des Abg.Röchling: Reiner Schwindel!)

Wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Wir haben das bereits früher schon einmal behauptet.

(Zuruf des Abg.Röchling: Das beweist ja nichts!)

Die Firma Röchling bezw. die Direktoren dieser Firma machten damals an die Torhäuser einen Anschlag,der ungefähr folgenden Wortlaut hatte,, die von dem Deutschen Metallarbeiter Verband von Herrn Weiß gemachten Angaben sind unrichtig." Keiner dieser Herren hat es aber gewagt, seinen Namen unter diesen Wisch zu setzen.

(Zuruf des Abg.Röchling: Das ist doch Schwindel!)

Sie sagen, das ist Schwindel. Diese Herren haben den Mut nicht gefunden, ihren Namen herzugeben,weil sie es ja gar nicht leugnen konnten.

(Zuruf des Abg.Dr.Röchling: Ich sage Ihnen heute noch, daß es gelogen ist!)

Es wird ferner behauptet, daß der monatliche Werksdurchschnittsverdienst vor dem Lohnabbau 4,68 Fr. betragen habe und jetzt 4,67 Fr betrage. Und wenn man jetzt im April auf 4,67 Fr. gekommen ist, wie uns die Arbeitgeber angeben, so ist zu berücksichtigen, daß die Sonntagsschichten und gesetzliche Feiertage mit 50 bezw. 100 % eingerechnet sind. Es sind,glaube ich, im April 7 oder 8 gewesen. Das ist eine Verschiebung nach oben zugunsten der Unternehmer. Nach dem Neunkircher Flugblatt setzt man in der Industrie zu, dann kann ich aber nicht verstehen, daß im Neunkircher Eisenwerk der Werksdurchschnittsverdienst heute höher als im Januar ist. Wenn man zusetzt,erhöht man doch keine Löhne. Die Lohnlage in der Metallindustrie ist schlecht, im Bergbau ist sie noch schlechter, bei der Eisenbahn ebenfalls. Die Regierungskommission hatte soweit ich unterrichtet bin, beschlossen, einen bestimmten Prozentsatz zu bewilligen und als der Schlichtungsausschuß nicht zu einem Spruch kam, zog man sogar das jämmerliche Angebot seitens der Regierung wieder zurück,bewilligte dann einen Vorschuß, der in monatlichen Raten wieder abgezogen werden soll. Wir stellen fest, daß die Regierungskommission mit den deutsch-französischen Unternehmern einschließlich Grubenverwaltung eine Lohn-und Gehaltspolitik treibt, die jeder Beschreibung spottet. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir haben festgestellt, daß durch die Eisenpreiserhöhung dem Unternehmertum über 1/2 Millionen Franken monatlich mehr in die Tasche fließt. Die Unternehmer haben glänzende Geschäfte gemacht. Wir verlangen nicht nur, daß die im Staatsdienst Beschäftigten eine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten, sondern wir verlangen gleichzeitig eine wesentliche Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle in der Privatindustrie und bei der französischen Grubenverwaltung beschäftigten Arbeiter,Angestellten und Beamten.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Wir verweisen auf unseren Antrag vom vergangenen Jahre, der dahin ging, daß die Regierungskommission Kapital zur Verfügung stellen möge zum Zwecke der Zinsverbilligung bei Baudarlehen. Wir haben noch nicht gehört, in welcher Weise die Regierungskommission unserem Antrag entsprochen hat. Ich habe den Eindruck, daß der Antrag in der Versenkung der Papierkörbe verschwunden ist. Nach einer solch langen Zeit von mindestens 8 Monaten hätte man etwas wahrnehmen können. Gleichzeitig in dem Zusammenhange weise ich darauf hin, daß unsere Kommunen ja tatsächlich behindert sind, in der Wohnungspolitik etwas zu tun und überhaupt etwas zu tun an kommunalen Aufgaben, indem sie keine Anleihen bekommen, weil langfristige Anleihen von der Genehmigung der Regierungskommission abhängig sind. Im Saargebiet selbst ist kein Geld zu erhalten, und bei Anleihen außerhalb des Saargebietes, z.B. bei Dollaranleihen, ist die Genehmigung der Regierung erforderlich. Aber auch alle Anträge der Kommunen sind bis jetzt nicht berücksichtigt worden, so daß da jahrelange Arbeiten zurückliegen, die unbedingt in Angriff genommen werden müßten

(Staatskommissar Dr. Heim: Das ist nicht richtig, was Sie sagen. Sie wissen, daß die Landkreise eine Dollaranleihe bekommen haben, daß die Stadt Saarbrücken schon 3 erhalten hat. Sie wissen auch, daß Bestrebungen im Gange sind, den Landkreisen eine neue Dollaranleihe zu genehmigen.)

Herr Staatskommissar, ich bin genau informiert, wohl hat Saarbrücken eine Dollaranleihe bekommen, aber die Landkreise haben schon seit langer Zeit, vor über einem Jahre, diesbezügliche Anträge gestellt. Bis jetzt ist nichts geschehen zur Genehmigung dieser Anträge.

(Staatskommissar Dr. Heim: Bis jetzt ist die Regierungskommission in Anleihen liberaler gewesen, als das drüben im Reiche der Fall ist.)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Bezüglich der

Lohn- und Gehaltsfrage

hat unsere Fraktion Ihnen folgenden

Antrag

vorgelegt:

" Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission wird ersucht, mit der Erhöhung der Gehälter der Beamten und Angestellten auch eine wesentliche Erhöhung der Löhne der ihr unterstellten Arbeitnehmerschaft entsprechend den gestellten Forderungen der Gewerkschaften vorzunehmen und sich endlich durch Betreiben einer selbständigen fortschrittlichen Lohnpolitik- von dem Einfluß der Industrie zu befreien, sowie ihren Einfluß dahingehend zur Geltung zu bringen, daß auch die Löhne der übrigen Arbeitnehmer eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Begründung:

Die von den Arbeitnehmern gestellten Lohnforderungen sind berechtigt. Die Regierungskommission ist verpflichtet, den anderen Arbeitgebern mit gutem Beispiel vorauszugehen. Da die Regierungskommission die Pflicht hat, den wirtschaftlich Schwächeren zu schützen, geht es nicht an, daß sie bei jeder Lohnforderung der ihr unterstellten Arbeitnehmer Vergleiche mit den Löhnen der Industriearbeiter anstellt und sich dabei nur auf die Zahlen der Industrie stützt. Es geht aber auch nicht an, daß sie die in ihren Diensten stehende Arbeiterschaft dem jeweiligen Konjunkturschwanken aussetzt und es dem Arbeitgeberverband der Schwerindustrie mit überläßt, auch die Löhne der Staatsarbeiter festzusetzen. Sie hat die Pflicht, nicht nur eine selbständige fortschrittliche Lohnpolitik für ihre Arbeiter zu betreiben, sondern auch dafür zu sorgen, daß dasselbe für alle Arbeitnehmer zur Durchführung gelangt. Wenn die Arbeitgeber dabei versagen, muß sie mit den Machtmitteln, die jeder Regierung zur Verfügung stehen, eingreifen. Es ist als selbstverständlich anzusehen, daß unbedingt eine Erhöhung der Arbeiterlöhne eintreten muß.

Die

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

L.A. Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

Die Regierungskommission hat bis jetzt jede Lohnerhöhung abgelehnt, obwohl sie nach ihren früheren Erklärungen dieselben Löhne wie die Industrie zu zahlen hätte. Nach einer in der "Volksstimme" vom 9. ds.Mts. veröffentlichten Darstellung hat sie jedoch, seit 1.12.1927 bis 31.5.1928 jedem Arbeiter 266,24 Fr. an Lohn weniger wie die Industrie gezahlt. Sie hält also noch nicht einmal gegebene Zusagen. Dagegen legt der Landesrat entschieden Verwahrung ein. Er erwartet, daß die Regierungskommission endlich mit dieser Politik Schluß macht und auch den Arbeitern das zum Leben notwendige Einkommen verschafft.

Meine Herren! Mit diesem Antrag ist gleichzeitig

die Besoldung der Beamten

in Erwähnung gezogen. Und da halten wir es für selbstverständlich, daß die Besoldungsregelung so erfolgt, daß die unnötigen und ungerechten Härten in der Besoldung verschwinden, daß auch die Gehälter der unteren Beamten so erhöht werden, daß sie das Lebensminimum mit ihrer Familie bestreiten können.

Bezüglich der

Arbeiterlöhne in der Industrie

brauche ich jedenfalls nur darauf hinzuweisen, daß sie sehr erbärmlich sind, wenn ich Ihnen sage, daß der schwerarbeitende Bergarbeiter mit 600 bis 800 Franken im Monat heute ausgezahlt wird, und der Hüttenarbeiter steht in derselben Linie. Und das Flugblatt, das Sie, meine Herren von der Schwerindustrie, herausgegeben haben für die Hüttenarbeiter, ist eine oberflächliche Darstellung, die wirklich nicht in die Tiefe hineinsteigt, wo auch Sie die Aufgabe haben, die Arbeiterschaft kaufkräftig zu erhalten. Sie halten sie aber nicht kaufkräftig. Auch wenn Sie die Indexzahlen zugrunde legen von Deutschland und von hier im Saargebiet, so entspricht das nicht den Tatsachen, denn Sie haben die teueren Wohnungsmieten für Neubauten nicht eingerechnet. Jedenfalls können Sie nicht allgemein das zugrunde legen, was in Wirklichkeit im einzelnen Falle ganz gewaltig davon abweicht. Nehmen wir die primitivsten Lebensmittel, nehmen wir Brot, Kartoffeln, die jetzt in der neuen Ernte schon auf den Markt kommen und jedenfalls auch gekauft werden müssen, weil alte nicht mehr genügend vorhanden sind; nehmen wir Butter, Eier, was die notwendigsten Lebensmittel sind; die sind bedeutend höher im Preise, als sie in den Indexzahlen für das Saargebiet angegeben sind, da sie nur mit 121 % gegenüber dem Friedensindex angegeben sind. Das

kann

A4

kann nicht stimmen. Sie stellen einen Vergleich gegenüber dem deutschen Index mit 150 %. Wenn Sie diese Zahlen zugrunde legen,meine Herren, dann wird ja das auch für die Beamten ein sehr ungünstiger Moment sein, wenn Sie sagen,daß die Indexzahl im Saargebiet nur 121 % ist und im Deutschen Reich 150 %. Die Beamten verlangen dieselben Gehälter, wie sie im Deutschen Reich gezahlt werden. Meine Herren Beamten bedanken Sie sich bei der Schwerindustrie für ihre Aufmachungen von einer solchen Zahlengegenüberstellung, die nicht den wirklichen Tatsachen entspricht.

Die Not der Arbeiterschaft,meine Herren, wird Sie in einiger Zeit vor eine Alternative stellen, denn bis jetzt haben die Gewerkschaften versucht, die Arbeiterschaft so zu belehren,daß wir in der wirtschaftlichen Situation den Dingen Rechnung tragen müssen. Wir wissen, daß,wenn die wirtschaftlichen und die ökonomischen Verhältnisse stärker sind wie die Menschen, wir uns ihnen anpassen müssen. Wir wissen, daß wir als Saargebiet ein eingekreistes Wirtschaftsgebiet von anderen großen europäischen Wirtschaftsgebieten sind. Wir wissen,daß die französische Bergwerksdirektion durch den Belegschaftsabbau von etwa 10000 Mann eine Leistungssteigerung innerhalb von 1 1/2 Jahr von 116 kg. pro Kopf und Schicht erreicht und gleichzeitig eine Senkung des Lohnanteils von 49 % auf 42 % herbeigeführt hat; trotzdem weigert sie sich, den ausgemerkelten Bergarbeitern einen höheren Lohn zu zahlen. So werden wir in eine wirtschaftliche Situation hineinkommen, die dem Saargebiet nicht dienlich ist. Deshalb richte ich den Appell an die Regierungsvertreter, ihren Teil dazu beizutragen, daß eine Besserung eintritt. Es geht nicht an, daß man einer Arbeiterschaft,die in einem Jahre 53 Millionen an Lohn eingebüßt hat,immer noch weiter zumutet, in diesem Elend zu verharren. Es geht nicht an, daß wir nicht dafür eintreten, es geht nicht an, daß die Regierung die Dinge schreiten läßt und die Großindustrie und die französische Bergwerksindustrie weiterhin ihre Profite herausholen läßt, um sie nach Frankreich zu überführen. Diesem Zustand, meine Herren, muß ein Ende gemacht werden, und dafür energisch einzutreten, ist unsere Aufgabe und die Aufgabe der Regierungskommission.

(Bravo-Rufe b.d.Sozialdemokraten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abg.Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Meine Herren! Zu der Kunze-Knorr-Bremse habe ich Folgendes zu sagen:

Wir wünschen, daß sie eingeführt wird aus all den Gründen, die der Herr Becker vorgetragen hat. Wir haben die Hoffnung, daß der Vorschlag der Einführung der Kunze-Knorr-Bremse eine bessere Behandlung erfährt, als seinerzeit die Einführung der automatischen Telefonanlage in Neunkirchen, bei der es vorkommen konnte, daß ein französischer Offizier, der durchaus kein Fachmann war, die Hauptrolle gespielt hat. Ich nehme gern an, daß bei den veränderten Verhältnissen in der Regierungskommission derartiges nicht mehr vorkommen kann.

Zu der Beamtenbesoldungsreform verweise ich auf unsere früheren Anträge. Wir haben damals geglaubt, die Besoldungsreform würde hier im Landesrat durchgesprochen. Ich glaube, die Verabschiedung hätte dadurch nur eine Beschleunigung erfahren können. Ich will nicht darauf eingehen,welche Gründe maßgebend waren, uns diese Reform vorzuenthalten. Ich will auf diese Dinge nicht eingehen. Nur soviel: Wir wünschen von der Regierungskommission, daß endlich die Besoldungsreform verabschiedet wird. Ich habe wiederholt ausgeführt, daß nicht allein die Beamten an der Erhöhung ihrer Gehälter und nicht allein die Arbeiter an der Erhöhung ihres Lohnes ein Interesse haben, sondern die gesamte Wirtschaft. Der ganze gewerbliche Mittelstand ist daran interessiert. Auch aus diesem Grunde wünschen wir eine baldige Verabschiedung. Aber, meine Herren, eine Einschränkung. Ich halte es für bedenklich, daß wir etwa zu den schwebenden Lohnforderungen irgendwie Stellung nehmen. Das ist nicht unsere Aufgabe, das ist Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerverbände. Dort müssen die Verhandlungen hin verlegt werden, sonst kommen wir in Situationen, die unserem Ansehen außerordentlich abträglich sein können. Wir können grundsätzlich dafür oder dagegen sein, aber auf Einzelheiten einzugehen und insbesondere zu sagen, die oder jene Forderung ist berechtigt oder nicht, davor warne ich Sie. Diese Fragen können wir nicht regeln, das ist Aufgabe der Arbeitnehmer-und Arbeitgeberorganisationen.

(Zuruf des Abg. Weiß: Wir werden es Ihnen schon begreiflich machen.)

Was machen Sie denn Großes.Wenn Sie eingesperrt werden, dann winseln und jammern Sie solange, bis Sie wieder freigelassen werden.

(Zuruf des Abg-Weiß: Wir werden es Ihnen schon zeigen)

- Glocke des Vorsitzenden-

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

(Zuruf des Abg. Daub: Es ist nur schade, daß der Zirkus fort ist).

Wollen Sie vielleicht darin Ihre Anstellung suchen ? Es ist doch keine Art und Weise. Ich bitte darum, daß vom Präsidium keine Zurufe gemacht werden. Es muß darauf gehalten werden, daß das Präsidium etwas reservierter bleibt.

(Zuruf des Abg. Weiß: Das kann Ihnen doch egal sein!)

Vorsitzender: Wir kommen dann zu etwas anderem!

Abg. Schmelzer (DSV) fortfahrend: Herr Scheuer, sind Sie doch nicht so nervös!

Ich komme nun weiter. Was der Herr Gärtner vorgebracht hat bezüglich des Bauwesens, dafür bin ich ihm dankbar. Es ist tatsächlich so, daß etwas geschehen muß. Es muß eine Art Umschuldungsaktion eingeleitet werden zu Gunsten derjenigen, die unschuldig in eine schwierige Lage geraten sind. Er hat recht, wenn er sagt, nicht allein diese Leute sind betroffen, sondern insbesondere die Handwerker, deren Forderungen ausstehen. Es ist so, daß insbesondere in der Stadt Saarbrücken, in der neuerdings viel gebaut wird, wir hier Leute haben, die gar nicht das Verantwortungsgefühl dafür haben, was sie unternehmen. Sie fangen einfach an, in der Hoffnung, daß sich das andere schon finden wird. Die Leidtragenden sind in der Hauptsache die Handwerker. Es ist bereits vorgekommen, daß bei einem Bauvorhaben, bei dem der Hausherr 15 000.-Mark Eigenkapital nachweisen sollte, dieses Kapital nicht in der Hand hatte, sondern er hat es sich auf Umwegen besorgt und hat die Forderung gedeckt mit dem Baugeld, das er für die Handwerker verwenden sollte. Es gibt ein Gesetz, das zur Sicherung der Bauforderungen und ich möchte die Regierungskommission auf dieses Gesetz aufmerksam machen, das stammt aus der Vorkriegszeit und ist noch nicht außer Kraft gesetzt. Dieses Gesetz bedroht diejenigen, die diese schwindelhaften Dinge betreiben, mit einer Maximalstrafe von einem Jahre Gefängnis. Es müßte nachgeprüft werden, wieweit dieses Gesetz auf die vorgekommenen Fälle anzuwenden wäre. Die Handwerker sind in allen Fällen die Leidtragenden. Auch bei einer evtl. Zwangsversteigerung können sie ihre Befriedigung nicht erreichen, weil für sie, wenn die Hypothekengläubiger befriedigt sind, nichts mehr übrig bleibt. Die Regierung müßte sich dieser Dinge einmal annehmen. Wie Herr Gärtner schon gesagt hat, müßte die Regierung gemeinsam mit den Kommunen an die Erledigung dieser Angelegenheit gehen. Und ich muß der Regierung den Vorwurf machen, daß sie es bisher an einer richtigen Zusammenarbeit im Bauwesen zwischen ihr, den Kommunen und dem Bauhandwerk hat fehlen lassen.

Jedenfalls

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

239

Jedenfalls rede ich dem das Wort, was Herr Gärtner über die Zinsverbilligung gesagt hat. Immer wieder aber ist zu betonen, daß vor der Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft keine durchgreifende Besserung zu erwarten ist.

Zu dem Antrag des Herrn Pfarrers Wilhelm betr. Volksschulunterhaltungsgesetz möchte ich soviel sagen, daß wir dem Antrag zustimmen unter dem Vorbehalt allerdings, daß wir selbstverständlich noch die Zustimmung der Gesamtpartei einholen müssen.

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Dem Antrag des Herrn Pfarrer Wilhelm stimmen wir mit Vorbehalt zu,da dieser Antrag zuerst in unserer Partei besprochen werden muß.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Röchling !

Abg. Röchling (DSV): Meine Herren! In der Lohnbewegung in der Schwerindustrie ist die Sachlage so, daß die Lohnsätze vor dem Lohnabbau des letzten Jahres vollkommen eingeholt worden sind.

(Zuruf des Abg.Weiß: Das ist nicht wahr!)

Das wissen Sie ja gar nicht. Herr Weiß, der alles weiß und nichts weiß, weiß nicht, wie die Durchschnittszahlen bei uns aussehen.

Die Durchschnittszahlen bei uns liegen über den Zahlen vor dem Abbau einschließlich aller Jugendlichen, aller Invaliden und aller Putzfrauen. Im übrigen ist es doch so, daß die Kaufkraft des Geldes im Saargebiet höher ist als im Deutschen Reiche. Wenn ich die Zahlen den Zahlen der Vorkriegszeit gegenüber vergleiche, so komme ich zu einem Stundenlohn von 160 % des Vorkriegslohnes. Und wenn ich umrechne, 10-Stundentag damals und 8-Stundentag heute, also eine Verkürzung der Arbeitszeit um 20 %, so erhalte ich eine um 8 % gestiegene Kaufkraft.

(Zuruf des Abg. Petri: Sie bestreiten doch selbst, daß der Paristand des Goldes nicht da sei.)

Die Kaufkraft ist aber da. Der Schlichtungsausschuß ist zusammengetreten und hat den Antrag auf Erhöhung um 5 % abgelehnt. Abgelehnt haben Arbeitgeber mit dem Vorsitzenden zusammen. Der Vorsitzende hat darauf hin den Antrag gestellt, eine Lohnerhöhung um 3 % anzunehmen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden von den Arbeitnehmern und Herrn Weiß zusammen.

(Zuruf des Abg.Weiß: Mit diesen Bettelpfennigen wollen Sie uns abspeisen!)

Wenn Sie klug gewesen wären(zu Abg.Weiß gewandt), hätten Sie die Bettelpfannige angenommen. Das war eine der größten Dummheiten, die Sie gemacht haben.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Röchling, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß ein Abgeordneter keine Dummheiten macht.

(Lachen)

(Zuruf des Abg.Weiß: Herr Röchling macht keine Dummheiten !)

(Zuruf eines anderen kommunistischen Abgeordneten: Herr Röchling macht mehr Dummheiten wie jeder andere!)

Abg. Röchling fortfahrend: Gut,einverstanden! Von Herrn Weiß ist die Sache so geschoben worden,daß kein Schiedsspruch zustande kam.

(Zuruf des Abg. Weiß: Ich war nicht dabei!)

Dann war es Ihr Kollege. Jedenfalls war es ein kommunistischer Kollege von Ihnen. Ich weiß so viel wie Herr Weiß weiß, durch diese Taktik ist nichts erreicht worden.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reichard!

Abg. Reichard (Dntl.VP): Meine Herren! Wir sind bei unserer Aussprache in eine Unterhaltung über sozial-wirtschaftliche Fragen übergetreten und waren Zeugen der erquicklichen Auseinandersetzungen zwischen den Herren Dr. Röchling und Weiß.

Die Herren Fraktionsredner der Kommunistischen- und Sozialdemokratischen Partei haben mit großer Eindringlichkeit auf die bestehende schwere wirtschaftliche Notlage hingewiesen. Wir bringen ihren Wünschen durchaus volles Verständnis entgegen und werden selbstverständlich im Rahmen unserer Verhandlungen in Erörterung darüber eintreten. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, nochmals auch auf die große wirtschaftliche Notlage der saarländischen Beamtenschaft hinzuweisen. Wir wissen, daß die arbeitenden Schichten der Bevölkerung, speziell die Bergarbeiterschaft Not leiden. Aber darüber dürfen wir nicht vergessen, daß die gesamte Beamtenschaft, besonders die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen schon längst ein stilles Heldentum beweisen. Ihre Gesamteinkünfte stehen in keinem Verhältnis zur Wirtschaftslage und den notwendigen Aufwendungen für ihre Familien. Es ist ein offenes Geheimnis, daß es höchste Zeit ist, die wirtschaftliche Lage der Beamten so zu bessern, daß sie wieder Freude am Leben haben. Ich möchte den Herrn Staatskommissar herzlichst und dringend bitten, seinen Einfluß in der Richtung zur Geltung zu bringen, daß die saarländische Besoldungsreform baldigst zum Abschluß kommt. Man muß im Stillen bewundern, wie diese Leute geduldig warten, bis ihnen endlich das Geld gezahlt wird, worauf sie einen längst fälligen Anspruch haben. Es ist Urlaubszeit, die Herren gehen in Ferien und die an der Sache interessierten Kreise befürchten, daß die Sache immer weiter und weiter hinausgeschoben wird. Es wird höchste Zeit, daß die Leute zu ihrem Gelde kommen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll(DWP): Meine Herren! Ich habe den Antrag gestellt, die Novemberferien abzuschaffen und dafür die Weihnachtsferien zu verlängern. Diese Abänderung hat auch im Reiche stattgefunden. Die Stadt Saarbrücken hat unter Zustimmung aller Parteien vor einiger Zeit einen entsprechenden Antrag an die Regierungskommission gestellt, der aber abgelehnt worden ist. Die Schulkinder haben doch erst die großen Herbstferien gehabt, und dann kommen sie wieder in die Novemberferien hinein.

Im

A4 I

Im übrigen ist der November der ungünstigste Monat, da er doch meistens schlechtes Wetter bringt. Die Weihnachtszeit eignet sich besser dazu,die Kinder können Eissport treiben, wie Schlittschuhlaufen usw. und ich bitte, diesen Antrag unterstützen zu wollen.

Den Ausführungen des Herrn Abg.Gärtner stimme ich im großen und ganzen zu,warne aber davor, einen Zwang auf neue Häuser zu legen. Wir wollen keine Zwangswirtschaft auf neue Häuser haben,da wir überzeugt sind, daß sich der Mietpreis von selbst regelt.

Was die Beamtenbesoldungsreform betrifft, bin ich auch der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß die Regierungskommission diese Sache regelt.

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Anschließend an den Antrag, den die Sozialdemokratische Partei eingebracht hat betreffend

Erhöhung der Löhne in den Staatsbetrieben,

möchte ich dem Herrn Staatskommissar heute die dringende Bitte unterbreiten, der Regierungskommission zu sagen, daß sie nun auch den im Landesrat eingebrachten Anträgen und Anfragen die gebotene Beachtung schenkt und uns endlich auch hier im Hause eine Antwort auf die verschiedensten Anträge erteilt. In der vergangenen Zeit war es so gewesen, daß auf 98 % der eingebrachten Anträge und Anfragen keine Antwort erfolgte. So haben wir vor einiger Zeit einen Antrag an die Regierungskommission gestellt, was die Regierungskommission zum Schutze der Bevölkerung zu tun gedenke aus Anlaß des Vorkommnisses in Namborn, und was sie für den verletzten Klees und die Anverwandten des erschossenen Trapp an Entschädigungen herauszuholen gedenke. Bis heute haben wir keine Antwort erhalten. Die Regierungskommission wäre doch verpflichtet, eine Antwort zu erteilen, damit man auch nachher wüßte, wie weiter zu handeln ist. In diesem Zusammenhange ist es auch angebracht, von der Regierungskommission zu fordern,daß sie eine Genugtuung verlangt für die Beleidigungen, die auf den aus Paris stammenden Tafeln für das St.Wendeler Gymnasium geschrieben waren. Wir sind sicher, wenn aus dem Saargebiet derartige Lieferungen nach Frankreich erfolgt wären und es hätten Beleidigungen darauf gestanden. Am anderen Tage hätte die französische Regierung die notwendigen Schritte eingeleitet gehabt, um Genugtuung zu verlangen. Wie wir hörten,hat das Lehrerkollegium des St.Wendeler Gymnasiums Schritte gegen die Beleidigungen unternommen. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden, was die Regierungskommission in dieser Frage getan hat. Es dürfte nützlich sein, hier darauf zu verweisen, daß man zu seinem Gelde, das man französischen Firmen für Lieferungen gibt, auch noch den Hohn einstecken muß. Das dürfte wieder eine Lehre für uns sein, möglichst bei Vergebung von Arbeiten saarländische Firmen zu berücksichtigen, damit die hier ansässige Arbeiterschaft voll beschäftigt wird.

Sodann wurde in der Sitzung vom 3.Mai an die Regierungskommission die Anfrage gerichtet, was sie in dem Lohnkonflikt in der Hüttenindustrie zu tun gedenke. Sie hat im vorigen Jahre mal eingegriffen, und die Lösung, die sie damals gefunden hat, war nicht schlecht gewesen. Aber die Regierungskommission hat sich auf diese Anfrage, die wir gestellt haben, in Schweigen gehüllt.

Jetzt

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

Jetzt spitzen sich die Verhältnisse wieder zu. Der Spruch, den der Schlichtungsausschuß gefällt hat, ist nicht angenommen worden. Jetzt steht Erklärung gegen Erklärung. Die Mißstimmung wächst. Daraus kann für unser kleines Wirtschaftsgebiet eine große Katastrophe sich entwickeln. Deshalb haben wir ein Interesse daran, zu erfahren, was die Regierungskommission zu tun gedenkt, um dieser Katastrophe vorzubeugen, und die drückende Lage, die hier unter der Arbeiterschaft besteht, beseitigen zu helfen.

Anschließend möchte ich auf das unerhörte Verhalten der Bergwerksdirektion verweisen; sie hat auch jedes Entgegenkommen abgelehnt. Es hat sich da folgendes entwickelt: Die Hüttenindustrie verweist darauf, daß sie zu hohe Kohlenpreise zahlen müßte; die Bergwerksdirektion hat darauf verwiesen, daß sie den Kohlenpreis bereits zweimal herabgesetzt habe, auch für die Bezieher in dem Saargebiet. Die Bergwerksdirektion hat dem Gewerkverein auf Anfordern die Kohlenpreise nicht bekanntgegeben, auch vom Arbeitgeberverband sind sie dieser Bergarbeiterorganisation nicht angegeben worden. Man kann darum keine Schlußfolgerungen ziehen betreffend der Möglichkeit einer Lohnerhöhung.

Wenn wir uns den Leistungseffekt im Bergbau betrachten, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Bergwerksdirektion wohl in der Lage ist, eine Lohnerhöhung zu geben. Im I. Quartal 1927 betrug der Leistungseffekt pro Kopf und Schicht aller auf den Gruben beschäftigten Arbeiter durchschnittlich 733 kg., und die Lohnbelastung, der Durchschnittslohn aller Arbeiter einschließlich sozialer Zulage 39,21 Franken; im 1. Quartal 1928 betrug der Leistungseffekt 802 kg., und die Lohnbelastung 37,56 Franken. Wir sehen also, daß die Grubenverwaltung im 1. Quartal 1928 gegenüber dem 1. Quartal 1927 pro Schicht und Arbeiter 5,30 Franken an Lohn eingespart hat. Zugegeben, die Grubenverwaltung hat wie angegeben den Kohlenpreis zweimal ermäßigt und erhöhte Auslagen für die Anschaffung neuer Abbaumaschinen gehabt, so kann dadurch der ganze Gewinn nicht aufgezehrt worden sein, den ihr die Leistungssteigerung und die Lohnersparnis eintrug. Die Kosten für die neuen Abbaumaschinen dürfen doch nicht auf einmal abgetragen werden. Und fest steht, daß die Grubenverwaltung auch im 3. und 4. Quartal auf Grund des erheblich gestiegenen Leistungseffektes Mehrgewinne machte. Sie konnte somit tatsächlich die Abbaumaschinen nicht nur ganz bezahlen, sondern auch noch trotz Kohlenpreisermäßigung Sondergewinne machen. Sie ist also sehr wohl in der Lage, die Löhne zu erhöhen. Darum richten wir an die Regierungskommission die

<u>dringende</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

dringende Bitte, weil im Saargebiet nicht die Schlichtungsinstanzen wie im Reiche bestehen, nun der Arbeiterschaft helfend beizuspringen und auf die französische Grubenverwaltung und die übrigen Unternehmer einzuwirken, daß es nicht zum Konflikte kommt und eine Lohnerhöhung bewilligt wird. Ein Konflikt in der ganzen Industrie zöge Unheil nach sich für die ganze Wirtschaft und für das ganze Volk.

Das wäre das, was wir im Anschluß an den sozialdemokratischen Antrag zu sagen hätten, dem wir im ersten Absatz zustimmen, ohne uns die angefügte Begründung zu eigen zu machen, die wir selbst durch meine Ausführungen hiermit gegeben haben.

Nun noch ein ernstes Wort zum Schlusse! Es ist leider Gottes wahr, daß wir bei der heutigen Entwicklung die Tatsache zu verzeichnen haben, daß der Proletarisierungsprozeß in unserem Volke immer weiter geht. Die Zahl der unmittelbaren Lohn-und Gehaltsempfänger vermehrt sich immer mehr. Im Menschen ruht der natürliche Drang, sich auch Eigentum zu erwerben, Besitz zu schaffen. Wenn wir die Tatsache verzeichnen müssen, daß immer mehr deutsche Menschen besitzlos werden, daß all ihr Streben, auch einmal in den Besitz eines kleinen Eigenheims zu gelangen, zwecklos bleibt, dann kann man es verstehen, daß die Menschen mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr einverstanden sein können. Sie haben sogar nicht mehr das Notwendigste zum Leben. Darum müssen alle diejenigen, die es mit dem Volke gut meinen, das ihrige dazu beitragen, daß das Lohnniveau der breiten Volksschichten gehoben wird, daß das Auskommen ein besseres wird, und daß der natürliche Trieb des Menschen verwirklicht werden kann, daß er auch aus dem Ertrage seiner Arbeit zu Besitz gelangen kann, damit auch die Freude an der Arbeit wächst. Arbeit an sich macht keine Freude, auf den Erfolg der Arbeit kommt es an. Und wenn ein Mensch schließlich 40 Jahre in der Grube gearbeitet hat und kann nicht seine Kinder, auch wenn sie Talent haben, etwas lernen lassen, wenn er als Ergebnis feststellen muß, daß er nicht soviel erworben hat, um sich ein kleines Häuschen anzuschaffen, daß ihm schließlich noch die sozialen Renten vorenthalten werden, daß das deutsche Volk zu einem „Rentner"-Volk herabsinkt, das keine eigene Initiative mehr zu entwickeln imstande ist, dann muß das verletzend und bitter wirken! Diese Atmosphäre im deutschen Volke muß abgebaut werden, und sie kann abgebaut werden, wenn wir willens sind, unserem Volke zu helfen und dem Aufstieg unseres Volkes die Wege zu ebnen!

(Bravo-Rufe des Zentrums!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Herren! Wenn man so die Führer und Sprecher der einzelnen Parteien hört, so muß man immer lebhafter bedauern, daß die Regierungskommission noch nicht den Wunsch der Bevölkerung erfüllt hat, daß der Landesrat Gesetzeskraft erhält. Denn wenn der Landesrat Gesetzeskraft hätte, dann könnte ich mir kein anderes Land denken, wo es dem Arbeiter besser ginge, wie im Saargebiet. Ich möchte nur bitten, daß Sie Ihr Wohlwollen, das hier so oft zum Ausdruck gebracht wird und nichts kostet, auch bei der kommenden Lohnbewegung anwenden. Zu der Bemerkung des Herrn Schmelzer über den Sonntagsjäger, möchte ich sagen, daß der Herr Schmelzer gerade dort, wo es darauf ankommt, immer daneben schießt. Aber ich bin Herrn Schmelzer doch recht dankbar, daß er ebenfalls für eine Besserung der Verhältnisse eintreten will. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Erreichung des Zieles einzig und allein von der Einigkeit der Arbeiter abhängt. Wir müssen die Gewerkschaften stärken, das muß ich besonders der Kommunistischen Partei zurufen, dazu beizutragen, damit wir einig und geschlossen den Lohnkampf führen können.

Was die

Beamten-Besoldungsordnung

betrifft, so muß ich als pfälzischer Abgeordneter schärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß man die ganze Saar-Pfalz in die Ortsklasse D gesteckt hat, als wenn der pfälzische Teil des Saargebietes das reine Paradies wäre. Jeder, der die Verhältnisse kennt, muß bestätigen, daß alles andere der Fall ist. Die Lebens-und Wohnungsverhältnisse sind nicht besser wie im preußischen Teile des Saargebietes.

Verehrte Anwesende, wenn ich mir nun die beiden Anträge, den Antrag des Zentrums, den der Herr Kollege Gärtner vorgetragen hat, und den der Sozialdemokratischen Partei zur Hand nehme, wo es sich darum dreht, ausreichende Löhne und ausreichende Wohnungen zu bekommen, so sehe ich, daß diese beiden Anträge zusammen gehören. Denn meine Herren, die Grundlage einer gesunden Bevölkerung ist eine gerechte Lohnpolitik und das Fundament einer gesunden Bevölkerungspolitik ist wiederum eine vorbildliche Wohnungspolitik. Meine Herren. beides

Lohn- und Wohnungspolitik

scheinen im Saargebiet nicht vorbildlich zu sein, und zwar vielleicht u.a. aus dem Grund, um dem französischen Bergfiskus entgegen zu kommen, und

vielleicht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

vielleicht hat auch der Herr Kollege Röchling seinen Nutzen davon. Ich meine das so, daß, wenn der Arbeiter schlecht und billig wohnt,man ihm, wenn er Lohnforderungen stellt,immer wieder sagen kann: Du brauchst doch auch nicht viel Miete zu bezahlen und andererseits auf die Forderung der Hausbesitzer nach höherer Miete antwortet, die Mieter können infolge der niederen Löhne keine höhere Miete zahlen. So ist man stets in der Lage, Hausbesitzer und Mieter gegen einander auszuspielen. Es ist aber für die Zukunft unhaltbar, auf dem alten Standpunkt stehen zu bleiben. Nun wird der Ruf laut: Heraus aus der Zwangswirtschaft! Meine Herren, das ist nicht das Allheilmittel, um aus den ungesunden Wohnungsverhältnissen nur herauszukommen, wenn genügend Wohnungen beschafft werden. Das ist der springende Punkt. Ich weiß nicht, ob der Herr Staatskommissar weiß, wieviel Wohnungen durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft frei geworden sind. Ich habe gehört, er weiß fast immer nichts, wo es sich drum dreht,Auskunft zu geben.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Das ist auch ein Pfälzer!)

Es ist nicht so, daß es in der Pfalz keine Wohnungsnot mehr gäbe, weil dort die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben ist. Die Wohnungsnot besteht dort nach wie vor. Auch in den kleinen Orten besteht sie ebenfalls weiter.

Ich meine, die Regierungskommission muß doch in erster Linie dazu übergehen, in Zukunft für ihre Beamten und Angestellten selbst Wohnungen zu erstellen. Es ist sonderbar, daß die Pfalz am meisten darunter zu leiden hat. Hunderte Wohnungen sind für Beamte beschlagnahmt worden.

Staatskommissar Dr. Heim: Wenn ich Sie unterbrechen darf, die Beamtenwohnungen in der Pfalz sind deshalb noch nicht gebaut worden, weil die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium über die Überlassung von Gelände noch nicht abgeschlossen sind.

Abg. Lieser (SP) fortfahrend: In erster Linie muß es heißen: Herauf mit den Löhnen, dann werden auch die Wohnungsverhältnisse besser. Und wenn es nicht geht,muß die Regierungskommission einspringen für ihre Angestellten und Beamten Wohnungen zu beschaffen. Ich meine, nur durch diese Politik kann für die Zukunft das Saargebiet gehoben werden.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg. Backes (Chr. SP): Auch ich möchte die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen und dem Herrn Staatskommissar empfehlen, bei der Regierungskommission vorstellig zu werden, damit die Regierungskommission auf die Bergwerksdirektion einwirkt, daß im Bergbau bessere Löhne gezahlt werden. Es fehlt noch eins im Bergbau; die Regierungskommission möge eine Verordnung herausgeben betreffend

Behandlung der Bergarbeiter,

daß jeder Beamte bestraft wird, der einen Arbeiter unnütz schikaniert und bestraft. Solche Beamte gehören nicht unter die Arbeiterschaft, sondern ins Zuchthaus.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KP): Es tut mir leid, daß Herr Röchling schon weg ist, ich nehme aber an, daß Herr Schmelzer das, was ich sage, ihm überbringen wird.

(Zuruf des Abg. Schmelzer: Ich bin doch kein Briefträger!)

Ich habe vorhin von dem Werksdurchschnittsverdienst gesprochen. Ich möchte mir die Frage erlauben, ob Herr Röchling sein Werk gemeint hat oder die anderen des Saargebietes ?

(Zuruf des Abg. Schmelzer: Herr Röchling hat sein Werk gemeint!)

Auch um die Produktionssteigerung sowie die zweimalige Eisenpreiserhöhung ist Herr Röchling herumgegangen, weil er dann aufs Glatteis gekommen wäre.

Vorsitzender: Damit schließe ich die Aussprache.

Abg. Hoffmann (SP): Ich bitte, daß der Antrag betr. Lohn- und Gehaltsfrage noch heute zur Regierung kommt, da die Regierungskommission heute nachmittag Sitzung hat.

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung (13^{45} Uhr).

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 1